

# AKTIONEN, ERFOLGE, ZAHLEN + FAKTEN. DAS JAHR 2021

## RECHENSCHAFTSBERICHT

**AMNESTY**  
INTERNATIONAL





## IMPRESSUM

© Amnesty International Deutschland e.V.

V.i.S.d.P.: Anton Landgraf

Redaktion: Sylvia Degen, Mascha Rohner,  
Birgit Stegmayer

Lektorat: Wera Reusch

Redaktionelle Mitarbeit: Hannah el-Hitami,  
Annelen Micus, Ramin Nowzad,  
Ralf Rebmann, Dana Schüpfer,  
Stefan Wirner

Gestaltung: schrenkwerk.de

Titelfoto: Amnesty beim

Klimastreik in Berlin

am 24. September 2021.

Foto: Jarek Godlewski / Amnesty

## SPENDENKONTO:

Amnesty International  
Bank für Sozialwirtschaft

IBAN: DE23 3702 0500 0008 0901 00

BIC: BFS WDE 33XXX

Hier Gruppenadresse einsteampeln:

**AMNESTY INTERNATIONAL** setzt sich auf der Grundlage der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte für eine Welt ein, in der die Rechte aller Menschen geachtet werden. Die Stärke der Organisation liegt im Engagement von weltweit zehn Millionen Menschen unterschiedlicher Nationalitäten und Kulturen. Gemeinsam setzen sie Mut, Kraft und Fantasie für eine Welt ohne Menschenrechtsverletzungen ein. 1977 erhielt Amnesty den Friedensnobelpreis.

# VEREHRTE UNTERSTÜTZER\_INNEN, LIEBE FREUND\_INNEN,

Ende Februar war das Jahr jung und wir alle voll Hoffnung, die Pandemie allmählich hinter uns lassen zu können. Wir hofften, weg vom Reagieren, wieder ins Agieren zu kommen – gegen die Klimakrise, gegen die Angriffe auf Rechtsstaat und Demokratie, gegen Rassismus oder hin zur überfälligen Kontrolle von Onlinediensten.

Dann der Schock des völkerrechtswidrigen Angriffs Russlands auf die Ukraine: Bomben auf zivile Ziele, der Einsatz geächteter Waffen und Munition, Millionen Menschen auf der Flucht. Amnesty International dokumentierte Kriegsverbrechen und systematische Verstöße gegen das humanitäre Völkerrecht durch die russischen Streitkräfte. Und Amnesty wird sich weiter aktiv dafür einsetzen, dass die Verantwortlichen für diese und andere Menschenrechtsverbrechen zur Rechenschaft gezogen werden.

Der Amnesty-Report 2021/22 zeigt, wie wichtig dieser Teil unserer Arbeit ist, denn Regierungen und bewaffnete Gruppen begehen vermehrt Kriegsverbrechen und verletzen das Völkerrecht.

Eine weitere Beobachtung: Autoritäre Regierungen unterdrückten auch 2021 die Presse- und Meinungsfreiheit, verhinderten friedliche Demonstrationen mit Gewalt und verfolgten Journalist\_innen, Menschenrechtsverteidiger\_innen und Anwalt\_innen. Viele Länder verweigerten Menschen, denen die Flucht vor Krieg oder Verfolgung gelungen war, den nötigen Schutz.

## **AMNESTY BLIEB VIELERORTS GEFRAGT:**

Im Pegasus-Projekt deckte unser Security Lab gemeinsam mit einem internationalen Recherchenetzwerk auf, dass weltweit Menschenrechtsverteidiger\_innen und Journalist\_innen mithilfe von Spionagesoftware ausgespäht wurden (S. 15).

Nach der Machtübernahme der Taliban in Afghanistan unterstützte Amnesty sofort die Evakuierung und den Schutz besonders bedrohter Menschen. Amnesty-Aktive machten sich 2021 außerdem in vielerlei Weise für die Rechte von Schutzsuchenden stark – zum Beispiel im September bei der »#unteilbar«-Demonstration in Berlin (S. 8).

Auch die Klimakrise und die gerechte Impfstoffverteilung beschäftigten uns (S. 14). Flüchtlingsschutz, Klima- und Impfgerechtigkeit gehörten auch zu unseren Forderungen zur Bundestagswahl. Weil in Krisenzeiten viele



Foto: Henning Schacht

Politikbereiche aus dem Fokus der Öffentlichkeit geraten, müssen Organisationen wie Amnesty die Bundesregierung weiterhin beharrlich an ihre menschenrechtlichen Verpflichtungen erinnern (S. 8).

Und schließlich gab es 2021 auch Grund zum Innehalten: Amnesty wurde 60 Jahre alt. Für uns ein Anlass, um auf bedrohte Aktivist\_innen und Menschenrechtsverteidiger\_innen aufmerksam zu machen. Dass sich der Einsatz erneut gelohnt hat, zeigen viele Beispiele – so kam der burundische Menschenrechtler Germain Rukuki, der zu einer 32-jährigen Haftstrafe verurteilt war, durch beharrlichen Einsatz nach vier Jahren frei (S. 5).

Diese Erfolge waren möglich, weil Amnesty-Unterstützer\_innen uns auch 2021 treu geblieben sind. Dafür Ihnen allen ein großes D A N K E S C H Ö N.

Ich hoffe, dass Sie weiterhin an unserer Seite stehen.

Ihr

**Markus N. Beeko**  
Generalsekretär

# ERFOLGE WELTWEIT

**USA:** Donald Trump ließ in den letzten sechs Monaten seiner Amtszeit als US-Präsident mehr Menschen auf Bundesebene hinrichten als in den vorherigen 70 Jahren alle US-Präsidenten zusammen. Nach seiner Abwahl forderte Amnesty International seinen Nachfolger Joe Biden auf, dieser grausamen Praxis ein Ende zu setzen. Mit Erfolg: Die US-Regierung hat im Sommer 2021 alle **Hinrichtungen** auf Bundesebene vorerst gestoppt. Justizminister Merrick Garland erklärte, dass es »ernste Bedenken« gegen die Todesstrafe gebe, weil in der Vergangenheit viele Unschuldige und überproportional viele Schwarze Menschen hingerichtet worden seien.

**HONDURAS:** Gerechtigkeit für **Berta Cáceres!** Die honduranische Umweltaktivistin wurde im März 2016 in ihrem Haus in La Esperanza erschossen, nachdem sie gegen den Bau eines Wasserkraftwerks des Energiekonzerns Desa gekämpft hatte. Amnesty setzt sich seither dafür ein, dass der Mord aufgeklärt und die Schuldigen zur Rechenschaft gezogen werden. Im Juli 2021 sprach ein Gericht den ehemaligen Geschäftsführer des Konzerns, Robert David Castillo, schuldig, einer der Drahtzieher des Mordes gewesen zu sein. Er muss mit einer Gefängnisstrafe von bis zu 25 Jahren rechnen. Amnesty macht sich weiterhin dafür stark, dass alle Verantwortlichen vor Gericht gestellt werden.



**SLOWENIEN:** Es ist ein historischer Sieg im Kampf gegen **sexualisierte Gewalt**: Im slowenischen Sexualstrafrecht gilt nun die Regel: »Ja heißt Ja!« Sexuelle Handlungen, die ohne Einwilligung geschehen, werden fortan als Vergewaltigung eingestuft. Das beschloss das Parlament im Sommer 2021. Damit hat Slowenien als 13. europäisches Land die sogenannte Istanbul-Konvention umgesetzt, die Gewalt gegen Frauen und häusliche Gewalt beenden will. Amnesty International kämpfte in Slowenien seit Jahren für die Gesetzesänderung und setzt sich mit der Kampagne »Let's talk about Yes« weltweit dafür ein, dass Länder ihr Sexualstrafrecht menschenrechtlichen Standards anpassen.

**KOSOVO:** Der österreichische Energiekonzern Kelkos wollte die kosovarische Umweltschützerin **Shpresa Loshaj** mundtot machen. Er hatte die Aktivistin wegen »Rufschädigung« auf 100.000 Euro Schadenersatz verklagt und war auch gegen ihren Mitstreiter Adriatik Gacaferi juristisch vorgegangen. Die beiden hatten dem Konzern Raubbau an der Natur vorgeworfen, weil er in kosovarischen Naturschutzgebieten illegal Kraftwerke errichtet und in Betrieb genommen hatte. Doch nachdem Amnesty International den Fall weltweit publik gemacht hatte, knickte das Unternehmen ein und ließ die Klagen im Oktober 2021 fallen. Immer häufiger missbrauchen Firmen die Justiz, um Kritiker\_innen einzuschüchtern.



**SIERRA LEONE:** Ein Meilenstein für die Menschenrechte: In Sierra Leone hat das Parlament im Sommer 2021 einstimmig die **Todesstrafe abgeschafft**. Alle bestehenden Todesurteile sollen in lebenslange Haftstrafen umgewandelt werden, betroffen sind Dutzende Menschen, die in der Todeszelle saßen. Sierra Leone ist damit das 23. afrikanische Land, das sich von der Todesstrafe verabschiedet hat. »Das Votum des Parlaments ist ein großer Sieg für alle, die sich unermüdlich dafür eingesetzt haben, dass diese grausame Strafe der Geschichte angehört«, sagte Samira Daoud, Amnesty-Expertin für West- und Zentralafrika.



Tagtäglich werden die Rechte von Menschen weltweit verletzt. Amnesty International setzt sich für diese Menschen ein: Mit Appellaktionen, Recherchen vor Ort, Länder- und Themenberichten sowie Kampagnen- und Lobbyarbeit. Dadurch konnten auch im Jahr 2021 wieder zahlreiche Menschen aus der Haft befreit, Menschenrechtsverstöße aufgedeckt und diskriminierende Gesetze abgeschafft werden. Hier einige Beispiele.

**POLEN:** Ihnen drohten zwei Jahre Haft, nur weil sie gegen Homophobie protestiert hatten: Die Aktivistinnen **Elzbieta Podlesna, Joanna Gzyra-Iskandar** und **Anna Prus** standen in Polen wegen »Verletzung religiöser Gefühle« vor Gericht. Sie hatten rund um eine Kirche in der polnischen Stadt Płock Plakate aufgehängt, auf der die Jungfrau Maria mit einem Heiligenschein in Regenbogenfarben abgebildet war. In der Kirche war zuvor am Osterfest vor »Sünden« wie »LGBT«, »Gender« und »Homo-Abartigen« gewarnt worden. Amnesty International setzte sich in einer weltweiten Kampagne für die drei Aktivistinnen ein. Im März 2021 wurden sie freigesprochen.



**RUSSLAND:** Eine Woche lang musste **Valentina Chupik** um ihre Sicherheit bangen: Russische Beamte hielten die Menschenrechtlerin im Herbst 2021 in der Transithalle des Flughafens Scheremetyewo fest und drohten ihr, sie in ihre Heimat Usbekistan abzuschicken. Dort hätte sie mit Haft und Folter rechnen müssen. Amnesty International sammelte weltweit Unterschriften, um ihre Freilassung zu bewirken. Und tatsächlich lenkten die russischen Behörden schließlich ein: Valentina Chupik durfte Anfang Oktober 2021 nach Armenien ausreisen.



**JAPAN:** Hoffnung auf die »Ehe für alle«: Unter den G7-Industrienationen ist Japan das letzte Land, in dem Schwule und Lesben nicht heiraten dürfen. Doch ein Bezirksgericht in Sapporo hat 2021 ein historisches Urteil gefällt: Das Verbot der gleichgeschlechtlichen Ehe sei verfassungswidrig, weil es gegen das verbriefte Prinzip von Freiheit und Gleichheit verstoße. Es war das erste Mal, dass ein japanisches Gericht zu dieser Frage ein Urteil fällte. Drei queere Paare hatten die Klage eingereicht und der Regierung Diskriminierung vorgeworfen. Amnesty International unterstützte sie dabei mit Kampagnen und Petitionen.

**BURUNDI:** **Germain Rukuki** sollte in Burundi für 32 Jahre hinter Gitter, nur weil er sich für die Menschenrechte eingesetzt hatte. Amnesty International machte sich weltweit für den Anti-Folter-Aktivist stark und sammelte insgesamt mehr als 400.000 Unterschriften, die seine Freilassung forderten. Die internationale Solidarität zeigte Wirkung: Im Sommer 2021 verkürzte ein Berufungsgericht seine Haftstrafe auf ein Jahr. Germain Rukuki kam sofort frei, da er schon vier Jahre verbüßt hatte. Als er das Gefängnis verließ, konnte er erstmals sein jüngstes Kind in die Arme schließen, das nur wenige Wochen nach seiner Inhaftierung im Juli 2017 zur Welt gekommen war.



**PAKISTAN:** Ein christliches Ehepaar sollte wegen einer SMS sterben: **Shagufta Kausar** und ihr Mann **Shafqat Emmanuel** saßen in Pakistan sieben Jahre lang in der Todeszelle. Nun sind die beiden endlich in Sicherheit. Ein pakistanisches Gericht hatte sie 2014 zum Tode verurteilt, nachdem ein Imam ihnen vorgeworfen hatte, blasphemische Textnachrichten verschickt zu haben. Weltweit machten sich Amnesty-Aktivist\_innen für die beiden stark. Mit Erfolg: Das Oberste Gericht hob im Sommer 2021 das Urteil gegen sie auf. In Pakistan werden die strengen Blasphemiegesetze immer wieder genutzt, um gegen religiöse Minderheiten vorzugehen.



**NEPAL:** Mehr als zehn Milliarden **Corona-Impfstoffdosen** wurden weltweit bereits verabreicht, rein rechnerisch müsste jeder Mensch eine Spritze in den Oberarm bekommen haben. Doch die Impfstoffe sind weltweit sehr ungerecht verteilt. In Nepal herrschte 2021 eine gefährliche Knappheit an Impfstoffen. Amnesty International machte in einem Bericht darauf aufmerksam und mobilisierte weltweit Menschen zum Protest. Mit Erfolg: Japan stellte schließlich 1,6 Millionen Impfdosen für Nepal bereit, Bhutan lieferte 230.000, Großbritannien weitere 130.000.



Foto: Akin Celliktas

Melike Balkan und Özgür Gür setzen sich für die Rechte von Lesben, Schwulen, Bisexuellen, Trans- und Intergeschlechtlichen (LGBTI+) ein.

## EINSATZ MIT ERFOLG

**Weltweit beteiligen sich Hunderttausende Menschen an Appellaktionen von Amnesty International. Mit Briefen, E-Mails und Petitionsunterschriften bewirken sie Freilassungen, verhindern Folter, schützen Menschen vor unfairen Prozessen und retten Leben. Dass dieses gemeinsame Engagement erfolgreich ist, zeigt der Fall der Aktivist\_innen Melike Balkan und Özgür Gür und der LGBTI+-Solidaritätsgruppe ihrer Universität.**

Wegen eines friedlichen Sitzstreiks drei Jahre ins Gefängnis – dieses Schicksal drohte Melike Balkan, Özgür Gür und 17 weiteren Personen, die an der Middle East Technical University (METU) in Ankara studieren oder lehren. In der Türkei werden Lesben, Schwule, Bisexuelle, Trans- und Intergeschlechtliche noch immer stark diskriminiert. Dagegen setzt sich die 1996 gegründete Solidaritätsgruppe der METU ein, in der sich die beiden seit dem Beginn ihres Biologiestudiums engagieren.

Am 10. Mai 2019 sollte zum neunten Mal die jährliche Pride-Parade auf dem Campus stattfinden. Sie wurde jedoch von der Hochschulverwaltung verboten. Die Studierenden ließen sich davon nicht beirren und organisierten stattdessen einen Sitzstreik. Daraufhin rief die Universitätsleitung die Polizei, die unverhältnismäßige Gewalt gegen die friedlich Demonstrierenden einsetzte und die Versammlung mit Pfefferspray, Gummigeschossen und Tränengas auflöste. Dabei gab es mehrere leicht Verletzte.

Mindestens 23 Personen wurden vorübergehend festgenommen. Gegen 18 Studierende und ein Mitglied des Lehrpersonals wurde anschließend Anklage erhoben, obwohl sie lediglich ihr Recht auf friedlichen Protest wahrgenommen hatten. Ihnen drohten drei Jahre Haft.

Der Prozess zog sich in die Länge, und die 19 Angeklagten lebten mehr als zwei Jahre in Ungewissheit. Doch dann kam am 8. Oktober 2021 der Freispruch! Unterstützer\_innen von Amnesty International auf der ganzen Welt waren daran wesentlich beteiligt. Sie hatten die türkischen Behörden aufgefordert, die Anklagen fallen zu lassen. Außerdem richteten sie in den Sozialen Medien viele Solidaritätsnachrichten an die zu Unrecht Beschuldigten, die sie motivierten, durchzuhalten.

Melike Balkan zeigte sich in einer Videobotschaft erleichtert: »Nach zweieinhalb Jahren Rechtsstreit wurden wir alle freigesprochen, worüber wir sehr froh sind. Wir möchten allen danken, die sich an der Kampagne beteiligt und sich mit uns solidarisiert haben.« Sie sagte auch, dass sie hoffe, dass diese Entscheidung wegweisend für andere Pride-Gerichtsverfahren in der Türkei sein würde.

Der Kampf für die Menschenrechte braucht Geduld. Rückschläge sind keine Seltenheit, aber unser Einsatz zeigt Wirkung. Und je mehr Menschen mitmachen, umso länger wird die Erfolgsliste.

**Weitere Erfolgsmeldungen:**

[www.amnesty.de/erfolge](http://www.amnesty.de/erfolge)



# AMNESTY IM VISIER CHINESISCHER BEHÖRDEN

In den vergangenen Jahren waren bereits Amnesty-Sektionen in Indien und der Türkei von repressiven Maßnahmen betroffen. Im Oktober 2021 sah sich Amnesty International gezwungen, die Arbeit in Hongkong einzustellen.

Für die Zivilgesellschaft, kritische Journalist\_innen und Menschenrechtsorganisationen in Hongkong markiert der 30. Juni 2020 eine Zäsur: An jenem Tag trat das von der chinesischen Zentralregierung verhängte Gesetz zur nationalen Sicherheit in Kraft. Auf seiner Grundlage gehen die Behörden seither gegen jegliche Aktivitäten in Hongkong vor, die ihrer Ansicht nach die »nationale Sicherheit« Chinas bedrohen. Unabhängige Medien und kritische Stimmen, die sich für Meinungsfreiheit und andere Menschenrechte einsetzen, sind Vorwürfen wie »Umsturz der Staatsmacht« oder »terroristische Aktivitäten« ausgesetzt. Die »nationale Sicherheit« dient als Vorwand, um die Rechte auf Meinungs-, Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit in Hongkong massiv einzuschränken.

Das Gesetz ist so vage formuliert, dass nahezu jedes menschenrechtliche Engagement strafrechtliche Konsequenzen nach sich ziehen kann. »Für Menschenrechtsorganisationen in Hongkong ist es praktisch unmöglich, frei zu arbeiten und keine ernsthaften Vergeltungsmaßnahmen der Regierung befürchten zu müssen«, sagt Anjhula Mya Singh Bais, Vorsitzende des internationalen Vorstands von Amnesty International. Die seit mehr als 40 Jahren tätige Sektion in Hongkong beschloss am 31. Oktober 2021, ihr Büro zu schließen. Ende 2021 stellte auch das dort ansässige Regionalbüro des Internationalen Sekretariats seine Arbeit ein.

Für unsere Arbeit zu China ist dies ein Einschnitt. Die Amnesty-Mitarbeiter\_innen in Hongkong arbeiteten in der Vergangenheit zu wichtigen Themen wie Meinungsfreiheit in Nordkorea, Kriegsdienstverweigerung in Südkorea oder Repression gegen Menschenrechtsanwält\_innen in China. Auch Menschenrechtsbildung spielte für die Sektion in Hongkong eine wichtige Rolle. Die Aktivitäten des Regionalbüros werden seit der Schließung von anderen Amnesty-Büros aus fortgeführt.

Dass Amnesty die Arbeit in einem Land komplett einstellen muss, ist zwar die Ausnahme. Dennoch ist die Situation in Hongkong kein Einzelfall. Im Jahr 2020 musste Amnesty die Arbeit in Indien einstellen, weil die dortige Sektion öffentlichen Schmutzkampagnen, Kriminalisierung, Durchsuchungen und anderen staatlichen Angriffen ausgesetzt ist.

In Hongkong haben sich mittlerweile etliche zivilgesellschaftliche Gruppen und Gewerkschaften aufgelöst, um strafrechtliche Sanktionen zu vermeiden. In einem im Juni 2021 veröffentlichten Bericht (»Hong Kong: In the name of national security«) dokumentierte Amnesty Fälle von Zensur, Schikanen, Festnahmen und Strafverfolgung seit Inkrafttreten des Gesetzes. Innerhalb eines Jahres entstand ein Klima der Angst, das in allen Teilen der Gesellschaft zu spüren ist – von Politik, Kultur und Bildung bis hin zu Medien und Menschenrechtsorganisationen.

A portrait of Suki Chung, a woman with long dark hair, wearing a dark blue sleeveless top and blue earrings. She is smiling and looking slightly to the right. The background is blurred, showing what appears to be an office or public space with some signs.

Suki Chung ist als Kampagnenkoordinatorin im Amnesty-Regionalbüro Ostasien tätig.



# KOMPROMISSLOS FÜR DIE MENSCHENRECHTE

Amnesty International nahm das Wahljahr 2021 zum Anlass, um menschenrechtspolitische Forderungen an die neue Bundesregierung zu stellen. Weitere **Kampagnen** betrafen die Arbeitsrechte in Katar und die digitale Überwachung von Menschenrechtsverteidiger\_innen weltweit.

Vor und nach der Bundestagswahl startete Amnesty zahlreiche Kampagnenaktivitäten, um sicherzustellen, dass die Parteien der zukünftigen Regierungskoalition sich den Menschenrechten verpflichtet fühlen. In Lobbygesprächen mit Parteien und in einem Katalog mit menschenrechtspolitischen Empfehlungen forderte die Organisation unter anderem, die Menschenrechte auch bei der Pandemiebekämpfung nicht zu vergessen, Maßnahmen zu ergreifen, um die Polizei einsatzbereit gegen Rassismus zu machen, und Rüstungsexporte strenger zu kontrollieren.

Ein wichtiger Teil der Arbeit von Amnesty rund um die Bundestagswahl war die globale Impfstoffgerechtigkeit: Mit mehreren Aktionen drängte Amnesty auf eine gerechte Verteilung von Covid-19-Impfstoffen und anderen medizinischen Gütern (siehe S. 14).

Ein weiterer Schwerpunkt in Zusammenhang mit der Bundestagswahl war die Klimagerechtigkeit. Auf einer Podiumsdiskussion in Berlin beleuchteten die mexikanische Anwältin und Menschenrechtsverteidigerin Alejandra

Ancheita und der Generalsekretär des European Center for Constitutional and Human Rights Wolfgang Kaleck die Verbindungen von Menschenrechtsschutz und Klimakrise. Moderiert wurde die Veranstaltung von der Amnesty-Expertin Annelen Micus, die zu den Auswirkungen der Klimakrise auf die Menschenrechte arbeitet. Bei der Podiumsdiskussion wurde auch der neue Amnesty-Bericht »Stop Burning Our Rights« vorgestellt, der umfassende klimapolitische Forderungen an Regierungen und Konzerne enthält. Außerdem unterstützte Amnesty International den globalen Klimastreik im September durch einen finanziellen Beitrag an den Unterstützer\_innenkreis und rief die Mitgliedschaft dazu auf, sich an den Demonstrationen zu beteiligen.

Amnesty-Mitglieder waren im September auch bei der »#unteilbar«-Demonstration in Berlin dabei und forderten gemeinsam mit 30.000 Teilnehmenden eine solidarische und gerechte Gesellschaft. Gemeinsam mit Pro Asyl und der Initiative Familiennachzug Eritrea organisierte Amnesty



Ein Amnesty-Mitglied beim Klimastreik in Berlin (24. September 2021).





Amnesty und Unterstützer\_innen auf der »#unteilbar«-Demonstration in Berlin (4. September 2021).

einen eigenen Block zum Thema Flucht und Asyl unter dem Motto »Menschen schützen, nicht Grenzen«.

Amnesty forderte die neue Regierung auf, die Menschenrechte von Geflüchteten zu achten. Konkret mahnte die Organisation, legale und sichere Zugangswege zu schaffen, Abschiebungen in Kriegs- und Krisengebiete zu stoppen und den Familiennachzug zu erleichtern.

Nach der Wahl erinnerte Amnesty die neuen Abgeordneten mit einem Schreiben und Anzeigen in Tageszeitungen daran, wie sie ihr Mandat für die Menschenrechte ausfüllen können. Die Koalitionsverhandlungen begleitete Amnesty mit Lobby- und Kampagnenarbeit und bewertete den neuen Koalitionsvertrag schließlich kritisch optimistisch: An mehreren Stellen sind die Menschenrechte zwar als wichtiger Orientierungspunkt verankert, bei einigen Themen reicht das Vereinbarte jedoch nicht aus. Amnesty wird die Arbeit der neuen Bundesregierung und die konkrete Umsetzung des Koalitionsvertrages daher weiter genau beobachten.

## GEMEINSAM GEGEN RASSISMUS

Der Kampf gegen Rassismus ist ein Thema, das Amnesty seit Jahren begleitet. Vor und nach der Bundestagswahl forderte die Organisation einmal mehr, dass Menschen vor rassistischer Gewalt geschützt werden müssen und dass Rassismus in Deutschland stärker bekämpft werden muss.

Am 19. Februar 2021 gedachte Amnesty den neun Opfern des Attentats in Hanau. Gökhan Gültekin, Sedat Gürbüz, Said Nesar Hashemi, Mercedes Kierpacz, Hamza Kurtović, Vili Viorel Păun, Fatih Saraçoğlu, Ferhat Unvar

und Kaloyan Velkov waren dort ein Jahr zuvor aus rassistischen Motiven ermordet worden: Am ersten Jahrestag rief Amnesty dazu auf, rassistische Denkmuster bei sich selbst, im eigenen Umfeld und in der Gesellschaft zu erkennen und dagegen vorzugehen.

Amnesty appellierte im vergangenen Jahr auch an die Polizei, die eine zentrale Rolle bei der Bekämpfung von Rassismus und rassistischer Gewalt spielen sollte. Allerdings zeigen sich bei Ermittlungen rassistischer Straftaten und beim Umgang mit Betroffenen von Rassismus häufig Defizite. Hinzu kamen die Nachrichten über rassistische Vorfälle und rechtsextreme Chatgruppen in den Reihen der Polizei.

Amnesty forderte die neue Bundesregierung deshalb auf, Maßnahmen zu ergreifen, um sicherzustellen, dass die Polizei bei der Bekämpfung von Rassismus Teil der Lösung und nicht Teil des Problems ist. Zu den vorgeschlagenen Maßnahmen zählen verpflichtende Antirassismus-Trainings für Polizist\_innen, ein konsequentes Vorgehen gegen Rechtsextremismus in den eigenen Reihen, die Schaffung von Rechtsgrundlagen gegen Racial Profiling, die Einrichtung unabhängiger Untersuchungsmechanismen und eine flächendeckende Kennzeichnungspflicht.

## PEGASUS-PROJEKT ZUR DIGITALEN ÜBERWACHUNG

Neben der Bundestagswahl bildete das Pegasus-Projekt einen Schwerpunkt der Amnesty-Kampagnen im vergangenen Jahr. Gemeinsam mit dem Netzwerk »Forbidden Stories« und mehr als 80 Medienschaaffenden aus zehn Ländern enthüllte Amnesty International, wie repressive Re-



Solidarität mit der ungarischen LGBTI+-Community: Aktion zum Fußball-Europameisterschaftsspiel zwischen Deutschland und Ungarn an der Allianz-Arena in München (23. Juni 2021).

gierungen mithilfe einer Spionagesoftware die Zivilgesellschaft unterdrücken. Die Recherchen belegten, dass die Software »Pegasus« des israelischen Unternehmens NSO Group weltweit eingesetzt wird, um Medienschaffende, Menschenrechtsverteidiger\_innen und Aktivist\_innen systematisch zu überwachen. Zu den Ausgespähnten zählten auch Staatsoberhäupter und Angehörige des ermordeten saudi-arabischen Journalisten Jamal Khashoggi.

Das Security Lab von Amnesty International nutzte modernste forensische Methoden, um Spuren der Pegasus-Software auf Mobiltelefonen zu finden. Diese war heimlich auf den Telefonen der Betroffenen installiert worden und ermöglichte einen vollständigen Zugriff auf alle Nachrichten, E-Mails, Medien, Anrufe und Kontakte sowie auf das Mikrofon und die Kamera des Geräts. Genutzt wurde sie nachweislich von Regierungen in Aserbaidschan, Bahrain, Indien, Kasachstan, Mexiko, Marokko, Ruanda, Saudi-Arabien, Togo, Ungarn und den Vereinigten Arabischen Emiraten. Amnesty fordert ein Moratorium für den Export, Verkauf, Transfer und die Nutzung von Überwachungstechnologie, bis verbindliche menschenrechtliche Richtlinien für diesen Industriezweig existieren. Außerdem startete Amnesty eine Kampagne gegen die digitale Überwachung von Menschenrechtsverteidiger\_innen in aller Welt.

In einer weiteren Kampagnenaktion setzte sich Amnesty 2021 für digitale Rechte ein. In einer Petition forderte die Organisation von der EU klare Regeln für Internetdienste wie Facebook und Google. Anlass waren die EU-Verhandlungen über zwei umfassende Gesetze zur Regulierung des digitalen Raums (»Digital Markets Act« und »Digital Ser-

vices Act«). Tatsächlich beschloss das EU-Parlament im Januar 2022, Online-Plattformen stärker in die Pflicht zu nehmen: Sie müssen für mehr Transparenz sorgen und Hass und Desinformation in Netz stärker bekämpfen.

### ARBEITSBEDINGUNGEN IN KATAR

Ein Jahr vor der Fußball-WM in Katar hat Amnesty die FIFA aufgefordert, Druck auf die katarischen Behörden auszuüben, um die Ausbeutung von Arbeitsmigrant\_innen im Land zu beenden. Zwar veröffentlichte die FIFA eine Reihe menschenrechtlicher Leitprinzipien und verpflichtete sich, die Situation der Arbeiter\_innen in Katar zu verbessern. Doch ein Blick auf die Lebensrealität vor Ort zeigt, dass es noch viel zu tun gibt.

Seit Katar den Zuschlag für die WM erhalten hat, sind Tausende Menschen aus Nepal, Indien und Bangladesch bei Arbeitsunfällen gestorben. Arbeitsmigrant\_innen sind ihren Arbeitgeber\_innen weiterhin rechtlos ausgeliefert, weil das Bürgerschaftssystem Kafala ihre Abhängigkeit fest schreibt. Oft werden ihnen die Pässe weggenommen und ihre Löhne einbehalten, außerdem dürfen sie sich nicht gewerkschaftlich organisieren.

Amnesty warnte davor, dass Katar durch die WM sogenanntes »Sportswashing« betreiben, also das eigene Image durch ein sportliches Spektakel aufpolieren könnte. Allerdings schloss sich Amnesty nicht den verbreiteten Forderungen nach einem Boykott an, sondern plädierte dafür, die WM gezielt zu nutzen, um die Arbeitsbedingungen der 2,3 Millionen Arbeitsmigrant\_innen in Katar langfristig zu verbessern.



# 60 JAHRE UND KEIN BISSCHEN LEISE

Mit zahlreichen **Aktionen** haben Amnesty-Mitglieder im vergangenen Jahr das Thema Menschenrechte in die Öffentlichkeit getragen. Sie setzten sich für gefährdete Menschenrechtsverteidiger\_innen ein, forderten globale Impfgerechtigkeit und rückten den Zusammenhang zwischen Menschenrechten und Klimaschutz in den Fokus.

Im Jahr 2021 wurde Amnesty International 60 Jahre alt. Die Geschichte der weltweit größten unabhängigen Menschenrechtsorganisation begann am 28. Mai 1961. An jenem Tag veröffentlichte der britische Anwalt Peter Benenson in der Zeitung »The Observer« den Artikel »The Forgotten Prisoners«, in dem es heißt: »Schlagen Sie Ihre Zeitung an irgendeinem beliebigen Tag auf, und Sie werden eine Meldung aus irgendeinem Teil der Welt lesen: Ein Mensch ist eingekerkert, gefoltert, hingerichtet worden, weil seine Ansichten oder religiösen

Überzeugungen nicht mit denen der Regierung übereinstimmen.«

Benenson ermunterte die Leser\_innen, mit Appellschreiben öffentlichen Druck auf die Regierungen auszuüben und die Freilassung politischer Gefangener zu fordern. Seit diesem »Appeal for Amnesty« hat sich die Menschenrechtsorganisation für unzählige politische Gefangene weltweit eingesetzt – und für Menschen, die ihre Rechte einfordern und deshalb verfolgt werden.

Auch im Jubiläumsjahr forderte Amnesty Gerechtigkeit für Menschen-

rechtsverteidiger\_innen: zum Beispiel für die Uigurin Hayrigul Niyaz, die von den chinesischen Behörden willkürlich inhaftiert wurde; für Jani Silva, die in Kolumbien für den Schutz des Amazonas kämpft; für drei Jugendliche (bekannt als »El Hiblu 3«), die auf Malta angeklagt sind, weil sie Geflüchtete schützten; für die verfolgte russische LGBTI-Aktivistin Yulia Tsvetkova und für die inhaftierte iranische Menschenrechtsanwältin Nasrin Sotoudeh. Zahlreiche Mitglieder unterstützten die von Menschenrechtsverletzungen Betroffenen mit Urgent



Foto: N. Pfefferkorn

Briefmarathon an Schulen 2021.



Foto: Jarek Godlewski / Amnesty

Solidaritätsfotos für Taner Kılıç und die Aktivist\_innen der »Istanbul 4« (26. August 2021).



Protestaktion anlässlich der Inhaftierung von Alexey Nawalny vor dem Kanzleramt (21. April 2021).

Infostand im Rahmen der Regionalen Aktion Südwest in Dieburg: »Seenotrettung erlauben – Gerechtigkeit für El Hiblu 3« (25. Juni 2021).



Amnesty-Mitglieder beim Klimastreik in Karlsruhe (24. September 2021).

mit einer Twitter-Aktion an die Bundesregierung, die Patentfreigabe nicht weiter zu blockieren, und schickten E-Mails an die Firmen BioNTech, Johnson & Johnson, Moderna und Pfizer, in denen sie darauf drangen, die ungerechte Verteilung von Impfstoffen zu beenden.

Außerdem machte Amnesty durch Zeitungsartikel, im Amnesty Journal und in Posts in den Sozialen Medien auf das Thema aufmerksam. Am 22. September veröffentlichte Amnesty den Bericht »Eine doppelte Dosis Ungleichheit«, der die Rolle von Pharmaunternehmen in der Coronapandemie kritisch bewertet. Bei der »#mRNAHealthConference« im November in Berlin wies Amnesty mit einer Projektion am Tagungsort auf die Verantwortung von Pharmaunternehmen hin.

### KLIMAKRISE

Die Amnesty-Jugend organisierte 2021 eine Jugendaktionswoche, dieses Mal unter dem Motto »Klima (un)gerechtigkeit – die Klimakrise menschenrechtskonform angehen«. Die Aktionen rund um den Earth Day am 22. April beschäftigten sich mit den Zusammenhängen zwischen Menschenrechten und Klimagerechtigkeit und forderten eine menschenrechtskonforme ökologische Transformation. Das Programm umfasste analoge und

Menschenrechtsanwältin Nasrin Sotoudeh. Zahlreiche Mitglieder unterstützten die von Menschenrechtsverletzungen Betroffenen mit Urgent Actions, Petitionen und anderen (Brief-)Aktionen. Und sie erinnerten Regierungen und andere Verantwortliche auf kreative und mutige Weise daran, dass ihr Tun nicht unbeobachtet bleibt. Und das mit Erfolg: Die Umweltaktivistin Jani Silva wird inzwischen von den kolumbianischen Behörden geschützt. Und Yulia Tsvetkova gewann im November ein Berufungsverfahren.

### Globale Impfungerechtigkeit

Im zweiten Pandemiejahr hat der ungerechte Zugang zu Coronaimpfstoffen

und anderen medizinischen Gütern Amnesty sehr beschäftigt. Denn die unfaire Verteilung der Impfstoffe führte insbesondere in ärmeren Ländern zu Zehntausenden Toten. Reiche Staaten horten Impfdosen, während Pharmaunternehmen sich weigerten, ihre Technologien und Patente auch nur vorübergehend freizugeben. Die eklatante Ungerechtigkeit bei der Verteilung von Impfstoffen ist ein Skandal – und eine grobe Menschenrechtsverletzung.

Amnesty-Unterstützer\_innen forderten politisch Verantwortliche und Pharmaunternehmen deshalb mit verschiedenen Aktionen dazu auf, ihrer Verantwortung für die Menschenrechte gerecht zu werden: Sie appellierten

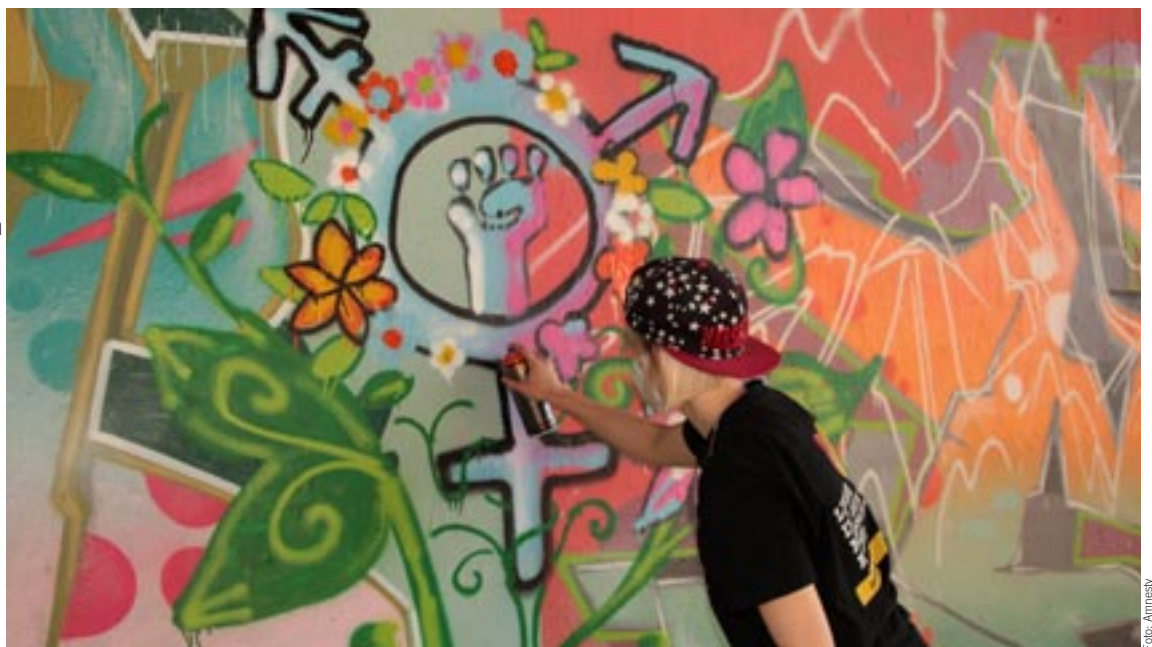




Foto: Nikla Kramer / Amnesty

Das URBAN NATION Museum in Berlin und Amnesty International begingen den Internationalen Frauentag gemeinsam: Die Künstlerin Katerina Voronina vor ihrem Wandgemälde zu Ehren der ermordeten Menschenrechtsverteidigerin Marielle Franco in Berlin-Kreuzberg (8. März 2021).

digitale Aktivitäten, unter anderem eine Podiumsdiskussion, einen Filmabend und verschiedene Aktionen in den Sozialen Medien.



Streetart zum Transgender Day of Visibility in Freiburg (31. März 2021).

Foto: Amnesty



Foto: Amnesty

Queeramnesty auf dem Christopher Street Day in Freiburg (17. Juli 2021).



Foto: Amnesty

Infostand beim African Summer Festival in Karlsruhe (Juli 2021).

# MENSCHENLEBEN VOR PROFITE!

In der EU waren Ende 2021 rund 70 Prozent der Bevölkerung zweimal geimpft. In Ländern mit niedrigem Einkommen lag die Quote hingegen bei lediglich 4 Prozent. Amnesty International setzte sich auch im zweiten Pandemiejahr für eine **gerechte Verteilung von Impfstoffen ein**.

Pharmaunternehmen wie BioNTech und Moderna haben es in der Hand, Hunderte Millionen Menschen weltweit gegen die weiterhin grassierende Corona-Pandemie zu schützen, gerade in ärmeren Ländern. Die Weltgesundheitsorganisation (WHO) spricht von Zehntausenden »absolut vermeidbaren« Todesfällen täglich – wären die Impfstoffe fair verteilt. Doch die Unternehmen maximieren lieber ihre Gewinne, anstatt die Zahl der Corona-Toten zu minimieren. Laut WHO sind seit Ausbruch der Pandemie im Frühjahr 2020 mehr als sechs Millionen Menschen an dem Virus gestorben. Schätzungen gehen sogar von zwei bis dreimal so viel Todesfällen aus.

Viele dieser Leben hätten gerettet werden können, wenn die reichen Staaten nicht Impfdosen gehortet und die Hersteller ihre Technologien und Patente zumindest vorübergehend freigegeben hätten. Stattdessen blockierten sie den Ausbau der globalen Impfstoffproduktion. Die eklatante Ungerechtigkeit bei der Impfstoffverteilung ist eine Verletzung von Menschenrechten in großem Ausmaß.

Pharmaunternehmen müssen ihrer Verantwortung für die Menschenrechte endlich gerecht werden und dürfen nicht zu Menschenrechtsverletzungen beitragen. Doch genau das tun die führenden Impfstoffhersteller, wenn sie ihre mRNA-Vakzine fast ausschließlich den meistbiedenden Ländern zur Verfügung stellen. 2021 verkauften BioNTech/Pfizer zwölfmal so viele Dosen an die EU (600

Millionen) wie an die Afrikanische Union (50 Millionen), obwohl auf dem afrikanischen Kontinent dreimal so viele Menschen leben. Nur ein Prozent der Impfdosen ging an Länder mit niedrigem Einkommen.

Jeder Tag, an dem sich BioNTech und Moderna weigern, ihre mRNA-Technologie für bereitstehende Produktionsstätten rund um den Globus freizugeben, kostet Tausende Menschenleben. Die Suche nach einem Mittel gegen diese oder die nächste Pandemie darf nicht nur an Gewinnen orientiert sein. Wenn Profite vor Menschenleben stehen, werden Unternehmen ihrer menschenrechtlichen Verantwortung nicht gerecht.

Das von der WHO ausgerufene Ziel, bis Ende 2021 rund 40 Prozent aller Menschen in Ländern mit geringem und niedrigem mittlerem Einkommen zu impfen, wurde weit verfehlt. Doch haben alle Menschen weltweit das Recht auf Leben und Gesundheit. Deshalb ist es dringend erforderlich, dass der Patentschutz temporär ausgesetzt wird und die Pharmaunternehmen ihr Wissen und ihre Technologien teilen. Die Freigabe geistigen Eigentums ist ein notwendiger Schritt, um Impfstoffe schnell und in großem Maßstab zu produzieren und für alle Menschen weltweit verfügbar zu machen. Nur so kann die Pandemie effektiv und nachhaltig bekämpft werden.

Weitere Informationen: [www.amnesty.de/impfgerechtigkeit](http://www.amnesty.de/impfgerechtigkeit)



Lichtinstallation anlässlich der Internationalen mRNA-Gesundheitskonferenz in Berlin (9. November 2021).



# AMNESTY ENTHÜLLT ÜBERWACHUNG

Im Jahr 2021 sorgten Recherchen einer internationalen Initiative für investigativen Journalismus für Schlagzeilen: Sie enthüllte gemeinsam mit Amnesty, dass weltweit Oppositionelle mit der Pegasus-Software ausgespäht werden.



Foto: Amnesty

Amnesty-Mitglieder und Unterstützer\_innen protestieren gegen die Teilnahme der NSO Group an der Internationalen Sicherheitsmesse in London (28. September 2021).

In zahlreichen Staaten werden Journalist\_innen, Menschenrechtsverteidiger\_innen und Aktivist\_innen mithilfe einer Spionagesoftware des israelischen Unternehmens NSO Group systematisch überwacht. Das ergaben Recherchen des Pegasus-Projekts, einer von Amnesty unterstützten Initiative von mehr als 80 Medienschaffenden aus zehn Ländern. Gemeinsam mit den Projektpartnern untersuchte das Security Lab von Amnesty International eine geleakte Liste von 50.000 Telefonnummern potenzieller Überwachungsziele, um Spuren der Spionagesoftware Pegasus zu finden.

Durch die Untersuchung konnten elf Länder identifiziert werden, die die Software mutmaßlich kauften und einsetzten: Aserbaidschan, Bahrain,

Ungarn, Indien, Kasachstan, Mexiko, Marokko, Ruanda, Saudi-Arabien, Togo und die Vereinigten Arabischen Emirate. Später kamen weitere dazu, darunter El Salvador, Ghana, Polen, Thailand, Uganda, Djibouti, Israel, die USA – und auch Deutschland. »Das Verhalten des Unternehmens NSO Group wirft schwerwiegende Fragen auf und macht einen Mangel an Regulierung deutlich, der die Verletzung der Menschenrechte von Aktivist\_innen und Journalist\_innen im großen Stil ermöglicht«, sagte Agnès Callamard, Internationale Generalsekretärin von Amnesty International.

Die Pegasus-Spionagesoftware wird heimlich auf den Telefonen der Betroffenen installiert und ermöglicht den Behörden einen vollständigen Zu-

griff auf das Mikrofon und die Kamera des Geräts sowie auf alle Aktivitäten und Daten, einschließlich Anrufe, E-Mails, Dateien, Kontaktlisten, Standortinformationen und Chat-Nachrichten. Im Zuge der Untersuchung konnte auch bewiesen werden, dass Familienmitglieder des saudi-arabischen Journalisten Jamal Khashoggi vor und nach dessen Ermordung am 2. Oktober 2018 in Istanbul von saudi-arabischen Behörden mit der Pegasus-Software überwacht wurden, wenngleich die NSO Group dies wiederholt bestritt.

Zwischen 2016 und Juni 2021 wurden mindestens 180 Journalist\_innen in 20 Ländern ausgespäht, unter anderem in Aserbaidschan, Ungarn, Indien und Marokko. »Die hohe Zahl an Journalist\_innen, die als Zielpersonen identifiziert wurden, macht deutlich, dass Pegasus dazu eingesetzt wird, um jede abweichende Stimme zu unterdrücken«, so Agnès Callamard.

Amnesty International hat die vollständigen technischen Details der forensischen Untersuchungen veröffentlicht. »Die großflächigen Rechtsverletzungen, die Pegasus ermöglicht, müssen aufhören«, sagte Etienne Maynier, Technologie im Security Lab von Amnesty International. »Unsere Hoffnung ist, dass diese vernichtenden Beweise die Regierungen dazu bringen werden, eine Überwachungsindustrie zu regulieren, die völlig außer Kontrolle geraten ist.« Selbst nach der weltweiten Veröffentlichung der Rechercheergebnisse bestritt die NSO Group alle Vorwürfe.

**Weitere Informationen:**

[www.amnesty.de/informieren/](http://www.amnesty.de/informieren/)

[aktuell/projekt-pegasus-spionage-](#)

[software-medien-zivilgesellschaft](#)



# MENSCHENRECHTSBILDUNG IM FOKUS

2021 hat Amnesty Deutschland seinen Bereich **Menschenrechtsbildung** ausgebaut. Die beiden Mitarbeiterinnen Marion Pöttsch und Anna-Carolina Alder stellen ihre Arbeit vor.

**Warum verstärkt Amnesty die Menschenrechtsbildung?** *Marion:* Weil wir immer wieder merken, dass das Wissen über die Menschenrechte gar nicht so weit verbreitet ist, wie wir uns das vorstellen. Ziel unserer Menschenrechtsbildung ist es, dass die Menschen nicht nur das Wissen haben, sondern auch danach handeln können. Auf internationaler Ebene ist das schon seit Jahren ein strategischer Schwerpunkt von Amnesty.

**Sind eure Zielgruppe Erwachsene oder junge Menschen?** *Marion:* Sowohl als auch. Wir machen Schulbesuche, wenden uns aber auch an den informellen Bildungsbereich. Das fängt bei Vorträgen zu Menschenrechtsthemen an und reicht bis zu Workshops für Sicherheitsbehörden oder Sportvereine. Manche sagen auch, dass eigentlich alles, was Amnesty macht, Menschenrechtsbildung ist.

**Anna-Carolina, du hast als Grundschullehrerin gearbeitet. Wie kann**

**man menschenrechtliche Themen Kindern vermitteln?** *Anna-Carolina:* Je jünger die Kinder sind, desto weniger geht es um reines Wissen, also dass sie zum Beispiel alle Menschenrechte aufzählen können, sondern mehr darum, was diese Rechte für ihren Alltag bedeuten. Dazu braucht es praxisnahe Beispiele: Wie verhalte ich mich in der Schule, wie gehe ich mit meinen Mitmenschen um? Die Vermittlung muss sehr handlungsorientiert sein und über reines Wissen hinausgehen.

**Was macht ihr konkret?** *Anna-Carolina:* Für Kinder und Jugendliche adaptieren wir gerade ein tolles Menschenrechtsspiel der Schweizer Amnesty-Sektion. Und wir planen eine Tour mit dem Amnesty-Mobil im Sommer, inklusive einer digitalen Stadtrallye zu Menschenrechtsthemen. Auch den Briefmarathon an Schulen wollen wir ausbauen und die Schüler\_innen künftig bereits ab der 5. Klasse erreichen. Außerdem werden wir den

Schulen Projektwochen zu Menschenrechten vorschlagen, damit sich die Schüler\_innen noch intensiver mit dem Thema beschäftigen können als in einer Doppelstunde oder an einem Thementag.

*Marion:* Teil unserer Arbeit ist auch die Fortbildung von Amnesty-Mitgliedern. Wir bieten zum Beispiel Grundagentrainings für Ehrenamtliche an. Ein weiteres wichtiges Feld ist die Sensibilisierung der Haupt- und Ehrenamtlichen für Diskriminierung. Das wollen wir auch für diejenigen weiter ausbauen, die Menschenrechtsbildung an Schulen und anderen Einrichtungen vermitteln.

**Hat die Pandemie eure Arbeit beeinträchtigt?** *Marion:* Wir haben die Präsenz-Workshops natürlich vermisst, haben aber auch die Vorteile von Online-Workshops genutzt. Damit kann man vieles überregional anbieten und Gäste von ganz woanders hinzuholen. In Zukunft werden sich Online- und Offline-Angebote ergänzen.



Foto: Constantin Koetter

Ein starkes Team: Marion Pöttsch (links) und Anna-Carolina Alder (rechts) mit ihrer Kollegin Dorthe Koetter (Mitte), die für den Bereich Activism und Jugendarbeit zuständig ist.



# DEIN BRIEF KANN LEBEN RETTEN

## Seit zwei Jahrzehnten erfolgreich: Der Amnesty-Briefmarathon

Ende 2001 hatte der Student Witek Hebanowski eine folgenreiche Begegnung: »Auf einem Filmfestival in Warschau traf ich eine hübsche Frau«, erinnert er sich. Sie habe ihm erzählt, dass sie kürzlich in einem afrikanischen Land gewesen sei und Menschen dort stundenlang Protestschreiben an ihre Regierung geschrieben hätten. »Das fand ich eine super Idee«, erzählt Hebanowski, der damals eine Amnesty-Gruppe in Warschau koordinierte. »Auch, weil ich die Frau unbedingt wiedertreffen wollte.« Er lud Joanna also zu einem Treffen der Gruppe ein, um gemeinsam 24 Stunden lang Appellschreiben an Regierungen zu verfassen. Damit war der Amnesty-Briefmarathon geboren.

Was in kleiner Runde begann, ist heute die weltweit größte Menschenrechtsaktion: Jedes Jahr im Dezember setzen sich Millionen Menschen rund um den Globus mit Appellen an die zuständigen Behörden für politisch Verfolgte ein. Und sie bringen in Briefen, Postkarten, Mails, Tweets und Posts ihre Solidarität mit denjenigen zum Ausdruck, deren Menschenrechte verletzt wurden.

Im Jahr 2021 kamen weltweit mehr als 4.657.104 Schreiben zusammen, allein in Deutschland waren es 376.540. Zehn Menschen und Organisationen standen im Fokus – unter anderem die chinesische Videobloggerin Zhang Zhan. Sie wurde zu vier Jahren Haft verurteilt, weil sie im Frühjahr 2020 unabhängig über den Corona-Ausbruch in Wuhan berichtet hatte und dies der offiziellen Darstellung in den Staatsmedien widersprach. Hunderttausende Menschen forderten im Dezember 2021 ihre Freilassung.

»Der weltweite Briefmarathon hat wirklich eine positive Wirkung«, sagte der ehemalige politische Gefangene Germain Rukuki nach seiner Freilassung im Juni 2021. Er

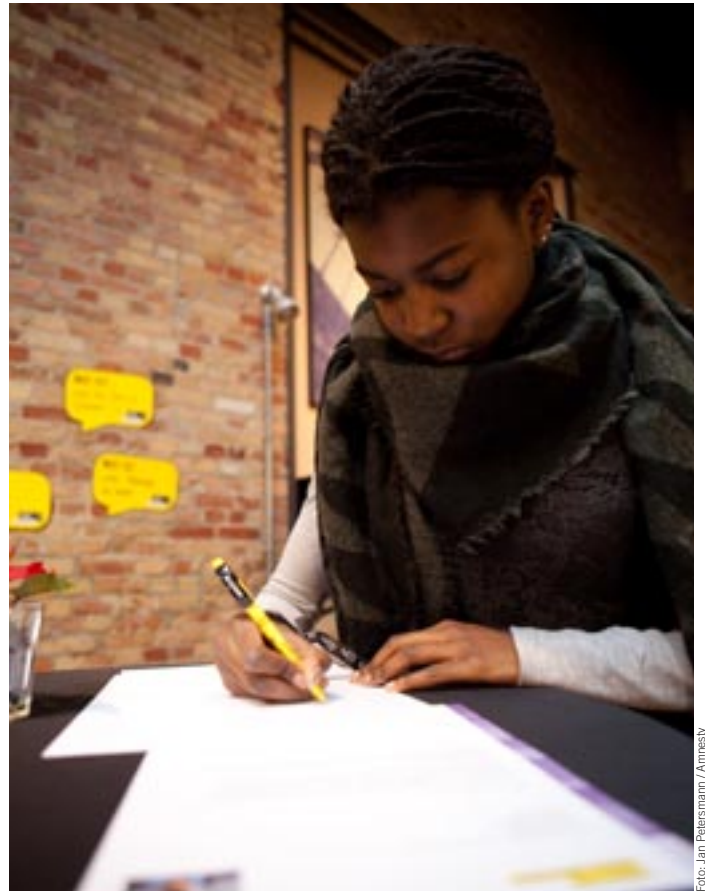


Foto: Jan Petersmann / Amnesty

Der Briefmarathon an Schulen erfreut sich großer Beliebtheit (Archivbild).

hatte sich in Burundi gegen Folter eingesetzt und war deshalb zu 32 Jahren Haft verurteilt worden. Beim Briefmarathon 2020 hatten mehr als 400.000 Menschen Appelle an den burundischen Präsidenten geschrieben. »Ihre Unterstützung hat dazu geführt, dass ich aus dem Gefängnis freigekommen bin«, ist sich Rukuki sicher.

## »STORIES THAT MATTER«

### Amnesty-Filmreihe beim Human Rights Film Festival Berlin

Sie gehen hohe Risiken ein, um uns die Augen zu öffnen: Filmemacher\_innen, die Menschenrechtsverletzungen dokumentieren. Ihre Werke werden jedes Jahr beim Human Rights Film Festival in Berlin präsentiert. Im Jahr 2021 war Amnesty erstmals mit einer eigenen Reihe vertreten: Unter dem Motto »Stories that matter« wurden

Filme vorgestellt, die Unrecht aufzeigen und Mut machen, sich dagegen aufzulehnen.

So porträtierte zum Beispiel die junge Regisseurin Celina Escher in ihrem Dokumentarfilm »Fly So Far« eine junge Frau aus El Salvador, die wegen eines angeblichen Schwangerschaftsabbruchs zu 30 Jahren Ge-

fängnis verurteilt wurde. Der Film »Welcome to Czechnya« des Dokumentarfilmers David France zeigte die verzweifelte Lage von Lesben, Schwulen, Bisexuellen, Trans- und Intergeschlechtlichen in Tschetschenien, aber auch die Bemühungen von Aktivist\_innen, die Opfer von Gewalt in Sicherheit zu bringen.

# »MENSCHEN IN GEISELHAFT«

Schon mit 16 Jahren war **Dieter Karg** für Amnesty International aktiv. Heute kämpft er in einer Amnesty-Koordinationsgruppe für die Menschenrechte im Iran – und derzeit auch für die Freilassung der Kölnerin Nahid Taghavi, die seit 2021 dort in Haft ist.



Amnesty-Mitarbeiterinnen fordern die Freilassung von Nahid Taghavi in Berlin (26. August 2021).

**Sie sind mit einer Iranerin verheiratet. Interessieren Sie sich deshalb so sehr für das Land?** Tatsächlich beschäftigt mich der Iran schon seit 1986, damals kannte ich meine Frau noch gar nicht. Ich hatte damals angefangen, Gutachten über die Menschenrechtssituation im Iran zu verfassen, um iranische Geflüchtete beim Asylverfahren zu unterstützen.

**Das ist fast 40 Jahre her. Und noch immer fliehen Menschen aus dem Iran vor Willkürhaft, Folter und Todesstrafe.** Ja, sich für die Menschenrechte im Iran einzusetzen, kann frustrierend sein. Denken Sie nur an die Todesstrafe, die dort bis heute besonders grausam praktiziert wird: Menschen werden an Baukränen

aufgehängt. Selbst junge Menschen, die zur Tatzeit noch minderjährig waren, landen am Galgen. Manchmal werden sogar Familienangehörige der Opfer gezwungen, die Hinrichtung durchzuführen.

**Gibt es etwas im Iran, das Sie derzeit besonders umtreibt?** Wir stehen in engem Kontakt mit Mariam Claren. Ihre Mutter Nahid Taghavi ist gebürtige Iranerin, lebt aber schon seit 1983 in Köln. Als sie 2021 den Iran besuchte, wurde sie in Teheran willkürlich festgenommen. Seither lässt Mariam Claren nichts unversucht, ihre Mutter aus dem Gefängnis zu holen.

**Wie ergeht es Nahid Taghavi in der Haft?** Im Gefängnis wurde sie zunächst pausenlos verhört, insgesamt

mehr als 1.000 Stunden. Sie saß die ersten Monate in einer Einzelzelle, schlief auf dem Boden und wurde rund um die Uhr überwacht. Sie hat im Gefängnis Diabetes entwickelt, müsste dringend am Rücken operiert werden, aber das wird ihr verwehrt. Außerdem hat sie sich wie viele andere Inhaftierte im Iran mit Corona infiziert.

## **Warum sitzt sie im Gefängnis?**

Wahrscheinlich, weil sie einen deutschen Pass besitzt. Offensichtlich nimmt die Regierung derzeit Doppelstaatsangehörige gezielt in Geiselhaft. Bei Nahid Taghavi ist das besonders deutlich: Sie konnte zuvor jahrelang problemlos in den Iran ein- und ausreisen. Um sie zu verurteilen, hat man Dinge aus ihrer Zeit als Studentin hervorgekramt. Dabei ist sie inzwischen Rentnerin.

**Warum hält das Regime Menschen mit doppelter Staatsangehörigkeit fest?** Darüber können wir nur spekulieren. Die Regierung will womöglich Oppositionelle einschüchtern. Vielleicht will sie die Doppelstaatsangehörigen aber auch als Druckmittel einsetzen, während sie mit dem Westen über das iranische Atomprogramm verhandelt.

## **Waren Sie schon einmal im Iran?**

Ja, meine Frau und ich haben das Land 1997 gemeinsam bereist. Ich war beeindruckt, wie gastfreundlich die Menschen sind. Allerdings ist es kein Land für einen entspannten Urlaub. An iranischen Stränden herrscht zum Beispiel Geschlechtertrennung, selbst Ehepaare dürfen nicht gemeinsam schwimmen. Meine Frau wurde auf der Straße auch einmal von Sittenwächtern belästigt: Sie hatte ihre Strümpfe nicht hoch genug gezogen.



# AUF DEM WEG ZU EINER DISKRIMINIERUNGSSENSIBLEN ORGANISATION

Amnesty in Deutschland verfolgt seit zwei Jahren das Ziel, die Menschenrechtsarbeit in Haupt- und Ehrenamt diskriminierungssensibel zu gestalten und **Betroffene von Diskriminierung** besser zu unterstützen.

Das Verbot der Diskriminierung ist in der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte festgehalten. Artikel 2 unterstreicht, dass alle Menschen »ohne irgendeine Unterscheidung« dieselben Rechte genießen und gleichberechtigt am gesellschaftlichen Leben teilnehmen dürfen. Dennoch erleben viele Menschen in ihrem Alltag Diskriminierung und Ausgrenzung, wie zum Beispiel Sexismus, Rassismus, Machtmissbrauch und Schikanen am Arbeitsplatz.

Um Vielfalt und Diversität in allen Aspekten der Menschenrechtsarbeit zu fördern und gleichzeitig ein deutliches Zeichen gegen Diskriminierung zu setzen, hat Amnesty vor zwei Jahren das Shalam-Projekt ins Leben gerufen. Es umfasst Weiterbildungen, Praxisprojekte sowie ein besseres Beschwerdeverfahren für von Diskriminierung Betroffene.

Das Schulungs- und Weiterbildungsprogramm wird von den Diversitäts-Expert\_innen von Diaspora Policy Interaction in Berlin begleitet und vermittelt zunächst wichtige Grundlagen. Was ist Diskriminierung? Wie hinterfrage ich meine eigenen Vorurteile, mein eigenes Handeln? Wie kann ich mich einbringen, um positive Veränderungen anzustoßen und Diskriminierung und Vorurteile zu bekämpfen? Praxisprojekte vermitteln konkretes Wissen: Wie lassen sich diskriminierungssensible Aktionen planen? Wie verhindere ich, dass die Bildsprache in Publikationen oder Sozialen Medien bestimmte Menschen ausgrenzt oder Stereotype fördert? Wir fördern aktiv ein diskriminierungssensibles und respektvolles Miteinander? Mittelfristig soll daraus ein Verhaltenskodex entstehen, der Orientierung bietet auf dem gemeinsamen Weg hin zu einer diskriminierungssensiblen Organisation.

Das Shalam-Projekt umfasst außerdem sogenannte Selbstbestimmungsräume: geschützte (physische

oder digitale) Begegnungsorte für von Diskriminierung Betroffene. Von Expert\_innen unterstützt bieten sie Raum für eigene Erfahrungen, Vernetzung und Selbstermächtigung. Ergänzt werden diese Bemühungen durch einen besseren Beschwerdeprozess und eine hauptamtliche Stelle »Diversitäts- und Anti-Diskriminierungsbeauftragte\_r« im Sekretariat der deutschen Sektion. Ihre Aufgabe ist es, den gesamten Verein hinsichtlich diversitätsorientierter Organisationsentwicklung und Antidiskriminierungsarbeit zu beraten, Maßnahmen zu entwickeln, um Diskriminierung abzubauen, und Personen zu unterstützen, die von struktureller Diskriminierung betroffen sind.

Die Bemühungen um mehr Verständnis für Diversität und Diskriminierungserfahrungen benötigen Zeit und einen ständigen Austausch. Das Shalam-Projekt ist deshalb langfristig angelegt. So können die Voraussetzungen dafür geschaffen werden, Diskriminierung und Ausgrenzung bei Amnesty effektiv entgegenzutreten und eine diskriminierungssensible Organisation zu werden.



Menschenkette »Hand in Hand gegen Rassismus – für Menschenrechte und Vielfalt« in Berlin (Archivbild)

# AMNESTY INTERNATIONAL IN DEUTSCHLAND: DIE FINANZEN

<b>ERTRÄGE/AUFWENDUNGEN</b>	<b>IN TAUSEND EURO</b>	<b>2021</b>	<b>2020</b>
<b>ERTRÄGE</b>			
Beiträge Mitglieder/Förder_innen und Spenden		23.377	22.752
Einnahmen aus Geldauflagen		213	184
Sammlungen		25	15
Verkauf von Materialien und Publikationen		37	46
Erbschaften und Vermächtnisse		4.075	1.702
Sonstiges		834	628
<b>Summe Erträge</b>		<b>28.561</b>	<b>25.327</b>
<b>AUFWENDUNGEN</b>			
Internationale Beiträge*		8.854	7.858
Hilfzahlungen an gewaltlose politische Gefangene und Flüchtlinge		461	463
Aktions-, Informations- und Bildungsarbeit, Finanzbeschaffung, Kampagnen		6.427	5.569
Personalkosten für Lobby-, Länder- und Öffentlichkeitsarbeit, Betreuung Ehrenamt		7.658	6.760
Mieten und Raumkosten		1.177	1.103
IT und Porti		1.801	1.216
Büromaterial		38	89
Abschreibungen, Steuern, Sonstiges		1.503	1.286
<b>Summe Aufwendungen</b>		<b>27.919</b>	<b>24.344</b>

<b>VERMÖGENSÜBERSICHT</b>	<b>IN TAUSEND EURO</b>	<b>2021</b>	<b>2020</b>
<b>AKTIVA</b>			
Immaterielle Vermögensgegenstände und Sachanlagen		802	246
Finanzanlagen		25	25
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen		25	25
Sonstige Vermögensgegenstände		535	376
Kassenbestand und Bankguthaben		6.640	6.265
Vorräte		30	47
Rechnungsabgrenzungsposten		251	117
<b>Summe Aktiva</b>		<b>8.308</b>	<b>7.146</b>
<b>PASSIVA</b>			
Vereinsvermögen		5.007	4.364
Rückstellungen		816	565
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen		1.255	1.122
Sonstige Verbindlichkeiten		1.230	1.095
<b>Summe Passiva</b>		<b>8.308</b>	<b>7.146</b>

Bei der Auflistung der Beträge können aufgrund kaufmännischer Rundungen Differenzen auftreten.

\*Internationaler Beitrag der deutschen Sektion für internationale Kampagnen, Ermittlungsreisen, Recherchen oder Prozessbeobachtungen.



# LIEBE UNTERSTÜTZER\_INNEN,

2021 war ereignisreich: Amnesty wurde im Mai 60 Jahre alt, und zu diesem Anlass gab es zahlreiche Aktionen. Und obwohl weiterhin die Corona-Pandemie unsere Arbeit prägte, können wir dennoch erneut ein finanziell äußerst erfolgreiches Jahr vorweisen.

## **ERTRAGSENTWICKLUNG**

Die gute Ertragsentwicklung verdanken wir nicht zuletzt unserem Fundraising anlässlich des 60-jährigen Geburtstags. Die Mailings hierzu brachten uns ca. 700.000 Euro ein. Auch unsere Bemühungen um mehr Nachlassspenden waren erfolgreich. Wir konnten damit mehr als 4 Mio. Euro generieren. Die allgemeine Spendenbereitschaft hat trotz Pandemie nicht nachgelassen: Wir durften uns über eine Steigerung von etwa 5 Prozent gegenüber dem Vorjahr freuen. Die Förder\_innen und Mitglieder blieben uns ebenfalls treu, wie die Steigerung von rund 6 Prozent eindrucksvoll beweist. Unsere Gesamteinnahmen betrugen 29 Mio. Euro, und damit über 3,6 Mio. Euro mehr als erwartet. Dafür danken wir allen Unterstützer\_innen und Spender\_innen ganz herzlich!

## **AUFWENDUNGEN – INTERNATIONALER BEITRAG**

Aufgrund der erhöhten Einnahmen konnten wir 2021 erstmals in der Geschichte der deutschen Sektion mehr als 9 Mio. Euro an das Internationale Sekretariat von Amnesty in London überweisen. Im Vorjahr war unser internationaler Beitrag um ca. 1,5 Mio. Euro niedriger. Wir konnten also unsere Unterstützung der internationalen Amnesty-Gemeinschaft noch einmal kräftig steigern und gehören jetzt zu den drei Sektionen weltweit, die die höchsten Beiträge leisten. Der internationale Beitrag ist immens wichtig, um insbesondere Sektionen im globalen Süden zu unterstützen, die bei ihrer Menschenrechtsarbeit mit enormen Herausforderungen konfrontiert sind. Wir sind stolz darauf, dass wir helfen können, die ungleichen Voraussetzungen abzumildern.

In vielen anderen Positionen waren unsere Aufwendungen auch 2021 pandemiebedingt geringer als üblich. Gestiegen sind jedoch die Personalkosten, aufgrund der stetig wachsenden Anforderungen an die Menschenrechtsarbeit. Sie liegen aber selbstverständlich nach wie vor unter der festgelegten Grenze von 30 Prozent des Mittelwerts der Gesamterträge der beiden Vorjahre.

## **STABIL IN DIE KOMMENDEN JAHRE**

Die finanzielle Entwicklung hat uns 2021 nicht nur einen respektablen Überschuss von 874 Tsd. Euro beschert, sie



Foto: Ralf Reibmann

erlaubt uns auch, eine Liquiditätsreserve vorzuhalten, die wir in dieser Höhe bislang noch nie hatten. Damit sind wir für zukünftige Herausforderungen gut gewappnet.

In diesem Zusammenhang sind auch wegweisende IT-Projekte zu nennen, die wir 2021 angestoßen haben, um eine Datenstrategie zu entwickeln, die unsere Arbeit optimal unterstützt. Nicht zuletzt sei auch auf unsere Bemühungen verwiesen, unsere Organisation noch diskriminierungssensibler und diverser zu machen.

All dies erfordert eine kluge und differenzierte Fundraising-Strategie, die 2021 bereits erfolgreich war. Dieser Erfolg ist zuallererst Ihnen und Euch, den Unterstützer\_innen und Mitarbeitenden, geschuldet, deshalb nochmals ein großes Danke hierfür!

Diesen positiven Weg auch zukünftig beschreiten zu können, dafür werde ich mich sehr gerne mit Ihnen und Euch gemeinsam einsetzen.

## **Andreas Schwantner**

Vorstandsmitglied für Finanzen

# ALLES FÜR DIE MENSCHENRECHTE!

Eine Krankenschwester spart ihr Leben lang. Andere spielen lieber Lotterie. Beides kann den Menschenrechten zugutekommen.



Soll bald über die Straßen rollen: Entwurf für das neue Amnesty-Elektromobil.

Im Spätsommer 2021 erreichte Amnesty International eine außergewöhnlich hohe Spende. »Wir freuten uns sehr und wollten die Spenderin gerne persönlich kennenlernen«, erzählt Amnesty-Mitarbeiterin Alexandra Ripken. Sie besuchte die ehemalige Krankenschwester und erfuhr, was sie zu ihrer großzügigen Spende motiviert hatte. »Sie war mit ihren Gedanken fast täglich in den Gefängnissen der Welt. In den 1930er- und 1940er-Jahren in Europa, in den 1970er- und 1980er-Jahren in Südamerika, in den 1990er-Jahren wieder in Europa, zu Beginn der 2000er in Nordamerika und Kuba und seit Beginn des arabischen Frühlings in den Verließen des Nahen Ostens.«

Stets habe Birgit B. gehofft, dass jemand die Erschöpften und Geschundenen aus ihrer misslichen Lage befreien könne. Und eines Tages sei ihr Amnesty International in den Sinn gekommen. Seither habe sie unermüdlich gespart, um die Organisation unterstützen zu können. Nun, im hohen Alter, übergab sie Amnesty International das Ergebnis ihrer Bemühungen.

Doch nicht nur mit Sparen, sondern auch mit Lottospielen kann man Gutes tun: So haben wir die Finanzierung unseres neuen Amnesty-Mobils der Deutschen Postcode Lotterie zu verdanken, die 300.000 Euro beisteuerte. Bei dieser Lotterie können die Teilnehmer\_innen gemeinsam mit ihren Nachbar\_innen gewinnen, und gleichzeitig unterstützen sie mit 30 Prozent des Losbeitrags gemeinnützige Organisationen. Dieses Konzept hat sich in den Niederlanden, in Großbritannien, Schweden und Norwegen seit Langem bewährt. Dank des Engagements der Lotteriespieler\_innen konnten seit 1989 insgesamt rund 11 Mrd. Euro für gute Zwecke zur Verfügung gestellt werden. In Deutschland wurden seit dem Start der Lotterie 2016 bereits 100 Mio. Euro gesammelt.

Unser neues Amnesty-Mobil soll 2022 wieder auf Tour gehen. Im Jahr 2021 wurde geplant, konstruiert, entkernt, umgebaut, gestaltet und neu aufgebaut, um den ehemaligen BVG-Doppeldecker für seinen Einsatz vorzubereiten: Das Amnesty-Mobil bekommt nicht nur einen klimaneutra-

len, elektrischen Antrieb, sondern wird auch aufwendig für die Menschenrechtsarbeit ausgestattet. Die Spezialanfertigung macht unser Mobil zu einem absoluten Unikat!

Leider sind auch wir – wie der gesamte Fahrzeug- und Technikbereich – von der Pandemie und den weltweiten Lieferschwierigkeiten betroffen. Ursprünglich wollten wir den Bus bereits zum Jahreswechsel testweise auf die Straße schicken, doch mussten wir die erste Fahrt und die Taufe auf das Frühjahr 2022 verschieben. Trotz aller Rückschläge werden wir aber ab Juni wie geplant auf Tour gehen. Wir freuen uns darauf, mit dem neuen Amnesty-Mobil auf Festivals, Messen, und Marktplätzen, in Schulen und anderen Bildungseinrichtungen präsent zu sein, um über die Arbeit von Amnesty International zu informieren.



**Amnesty-Mobil-Blog:**

[www.amnesty.de/ein-bus-fuer-amnesty](http://www.amnesty.de/ein-bus-fuer-amnesty)

**fuer-amnesty**

**Hier können Sie uns unterstützen:**

<https://helfen.amnesty.de>





# » OHNE MENSCHENRECHTE FEHLT DIE BASIS FÜR DAS ZUSAMMENLEBEN «

Alles regeln und etwas Sinnvolles bewirken: **Dagmar Scheid** hat sich ganz bewusst mit ihrem Testament beschäftigt. Dabei entschied sie, auch Amnesty zu begünstigen – als Zeichen für Solidarität und Menschenrechte.

**Was bedeutet es Ihnen, zu spenden?** Wenn genug da ist, kann man auch etwas abgeben – und zwar an Personen und Organisationen, die etwas Sinnvolles tun. Das fand ich schon immer richtig.

**Warum unterstützen Sie gerade Amnesty?** Ohne Menschenrechte und ohne Grundfreiheiten fehlt die Basis für das Zusammenleben. Erst wenn es keine Verfolgung aus politischen Gründen gibt und die Menschenrechte gelten, kann eine Gesellschaft funktionieren. Dann gibt es die Grundlage, sich etwa auch um Kultur oder – noch wichti-



Foto: privat

Dagmar Scheid gibt einen Teil des Erbes an Amnesty.

ger – um Klima- und Umweltschutz zu kümmern. Amnesty steht für Neutralität und Verlässlichkeit, aber auch für persönliche Solidarität, wenn sich Menschen gemeinsam für andere einsetzen. Und zwar mit Ausdauer: Wenn etwa Regime eine Angelegenheit einfach aussitzen wollen, bleibt Amnesty dran und macht weiter Druck. Dazu braucht es eine starke, unabhängige Organisation, und die kostet Geld.

**Was hat Sie dazu veranlasst, ein Testament zu verfassen?** Ich hatte das Bedürfnis, die Dinge zu regeln – auch weil ich Todesfälle erlebt habe, bei denen nichts geregelt war. Dann fehlt jede Orientierung, alle sind konsterniert, und das Trauern wird nicht leichter. Ohne Kinder und Geschwister kommt für mich die gesetzliche Erbfolge nicht infrage, und in meinem Freundeskreis sind viele relativ gut versorgt. Dass mein Testament gemacht ist und auch auf etwas Gemeinnütziges abzielt, garantiert, dass mit meinem Eigentum etwas Sinnvolles geschieht. Ich finde: Solange man Einfluss hat, sollte man ihn auch nutzen.

**Wie sind Sie konkret vorgegangen?** Wichtig war der Austausch mit nahestehenden Menschen. Zuerst habe ich mit ihnen gesprochen und dann alles aufgeschrieben: Was gibt es, wer soll was bekommen, und wie lässt sich alles gut splitten. Dadurch kann man Freund\_innen und Familie gerecht werden und dennoch ein bestimmtes Budget für etwas Gemeinnütziges vorsehen. Als ich einen Plan hatte, habe ich ihn mit meinem Steuer- und Finanzberater geprüft. Amnesty hat eine Fachanwältin an der Seite, die alles gecheckt und hilfreiches Feedback gegeben hat. Nun ist alles so geregelt, wie ich es will.

**Was sagen andere zu Ihrer Entscheidung?** Ich war sehr zufrieden, einen Teil des Erbes an Amnesty zu geben. Also habe ich auch davon erzählt. Das fanden alle toll, aber zugleich gab es auch Berührungängste, über das Thema Testament und den eigenen Tod zu reden. Deshalb alles aufzuschieben, ist aber ungünstig: Dann überrascht dich plötzlich ein Unfall, oder der Krebs schlägt zu. Mit dem Testament muss man sich ja auch nicht für immer festlegen. Es lässt sich problemlos ändern, das habe ich inzwischen auch zweimal gemacht.

**Weitere Informationen:**

<https://helfen.amnesty.de/testamentsspende/>



# HILFE, DIE WIRKT

Erstmals wurde in Deutschland ein Syrer nach dem Weltrechtsprinzip wegen Folter und Ermordung von Gefangenen zu einer lebenslangen Haftstrafe verurteilt. Dies ist auch ein Erfolg der Arbeit der **Stiftung Menschenrechte**.



Anwar R. vor der Urteilsverkündung im Oberlandesgericht Koblenz (13. Januar 2022).

Es war ein aufsehenerregender Prozess, und das Urteil wurde als wichtiges Signal gegen Straflosigkeit bewertet: Mitte Januar 2022 verurteilte das Oberlandesgericht Koblenz den 58-jährigen Syrer Anwar R. unter anderem wegen Verbrechen gegen die Menschlichkeit zu einer lebenslangen Haftstrafe. Es war der erste Strafprozess weltweit, der Staatsfolter in Syrien zum Gegenstand hatte. Anwar R. leitete die Verhöre in einem Geheimdienstgefängnis in Damaskus und war in dieser Funktion in den Jahren 2011 und 2012 für die Folter von mindestens 4.000 Menschen verantwortlich, mindestens 30 Gefangene sollen dabei gestorben sein.

Möglich wurden der Prozess und das wegweisende Urteil auch durch die Menschenrechtsarbeit des syrischen Anwalts Anwar al-Bunni, der in Berlin das Syrische Zentrum für Rechtsstudien und Forschungen gründete. Er hatte kurz nach seiner Ankunft in Deutschland im Jahr 2014 damit begonnen, syrische Oppositionelle zu befragen, die unter dem Assad-Regime Opfer von Folter und anderen Repressionsmaßnahmen geworden waren, und nach den Verantwortlichen zu forschen. Die Stiftung Menschenrechte unterstützte die Arbeit des Zentrums finanziell und konnte somit zur ersten Verurteilung wegen Staatsfolter in Syrien beitragen.

Konkrete Hilfe leisten konnte die Stiftung im Jahr 2021 auch im Fall eines aus Tansania stammenden Journalisten.

Er war ins Visier der Behörden geraten, nachdem er über Menschenrechtsthemen und Korruption berichtet hatte, und musste nach Europa fliehen. Auch seine Frau und seine beiden Kinder mussten Tansania verlassen, blieben aber zunächst in Afrika. Die Stiftung finanzierte den Unterhalt der Familie an ihrem neuen Aufenthaltsort. Seit dem positiven Abschluss des Asylverfahrens des Mannes und der im Herbst 2021 erfolgten Familienzusammenführung können Eltern und Kinder nun gemeinsam in Sicherheit in Europa leben. Um die Betroffenen zu schützen, können keine genaueren Angaben zu diesem Fall gemacht werden. Weitere Projekte der Stiftung sollen hier gar nicht beschrieben werden, um die Betroffenen nicht zu gefährden.

Die finanziellen Mittel, die der Stiftung zur Verfügung stehen, sind 2021 trotz des anhaltenden Zinstiefs stabil geblieben. Sie kann jährlich rund 100.000 Euro für Menschenrechtsprojekte ausgeben. Stifterdarlehen spielen dabei weiterhin eine große Rolle. Sie werden von Unterstützenden gewährt und können bei Veränderungen der eigenen finanziellen Lage oder anderweitigem Bedarf jederzeit zurückgefordert werden (»Zustiftung auf Widerruf«). Diese Darlehen konnten 2021 im Vergleich zum Vorjahr noch einmal um rund ein Drittel auf 485.000 Euro gesteigert werden. Die Stiftung dankt allen, die dazu beitragen, dass diese wichtigen Projekte zum Schutz der Menschenrechte verwirklicht werden können.



# SPENDEN FÜR DIE MENSCHENRECHTE

Mehr als 180 junge Menschen waren 2021 in den Fußgängerzonen deutscher Städte unterwegs, um neue Unterstützer\_innen für Amnesty zu gewinnen – trotz Pandemie mit großem Erfolg.

Der Kampf für die Menschenrechte kostet nicht nur Kraft, Ausdauer und Geduld, sondern auch Geld. Die Arbeit von Amnesty International ist unter anderem deshalb so erfolgreich, weil es unzählige Menschen gibt, die sie finanziell unterstützen. Da die Organisation unabhängig bleiben will, akzeptiert sie keine staatlichen Gelder und so gut wie keine Spenden der Privatwirtschaft.

Eine der wichtigsten Säulen, um die Arbeit zu finanzieren, ist der sogenannte Direktdialog. Er wird seit 2014 von der Amnesty Servicegesellschaft durchgeführt, einer hundertprozentigen Tochtergesellschaft von Amnesty International Deutschland. Im Jahr 2021 waren 183 Menschen Woche für Woche für die Service gGmbH in deutschen Fußgängerzonen unterwegs, um über die Menschenrechtsarbeit von Amnesty zu informieren und neue Unterstützer\_innen zu gewinnen. In 118 Städten verbreiteten sie an Infoständen den Gedanken der Menschenrechte: von Aachen bis Zwickau, von Buxtehude bis Speyer, von Schwerin bis Freiburg im Breisgau. Dabei kamen sie mit rund 90.000 Menschen ins Gespräch, 9.024 von ihnen konnten sie überzeugen, Amnesty International dauerhaft finanziell zu unterstützen.

Die jungen Menschen wurden im Vorfeld intensiv auf ihre Tätigkeit als Dialoger\_innen vorbereitet. Denn nur wer Amnesty International gut kennt und sich mit unseren Werten identifiziert, kann andere davon überzeugen, dass der Einsatz für die Menschenrechte wichtig ist und finanzielle Unterstützung verdient. Ende 2021 veranstaltete die Servicegesellschaft für die Mitarbeitenden eine digitale Menschenrechtswoche mit vielen Work-

shops, die trotz der digitalen Distanz eine große Nähe schuf.

Da die Corona-Pandemie die Aktivitäten auch 2021 begleitete, wurden die jungen Menschen auch intensiv mit unserem Hygienekonzept vertraut gemacht, um ein sicheres Arbeiten zu garantieren. Denn auch im zweiten Pandemiejahr war für uns oberste Priorität, alle Mitarbeitenden und Passant\_innen vor Infektionen zu schützen. Für 2022 haben wir uns vorgenommen, eine optimale Kombination aus vor-pandemischen Zeiten und den positiven Veränderungen in den vergangenen zwei Jahren zu finden.

Die Mitgliedschaft von Amnesty International, das Sekretariat der deutschen Amnesty-Sektion und die

Amnesty Service gGmbH haben für den Direktdialog hohe Qualitätsansprüche erarbeitet. Ein Qualitätsteam, das die Informationsstände überprüft und die Mitarbeitenden laufend aus- und fortbildet, sorgt dafür, dass diese Ansprüche nicht nur auf dem Papier stehen.

Unser herzlicher Dank geht an alle Mitarbeitenden der Servicegesellschaft, an diejenigen draußen an den Infoständen für ihren engagierten Einsatz und an alle Mitarbeitenden im Büro oder Home-Office für ihren ebenso großen Einsatz bei der Planung, organisatorischen Durchführung und Nachbereitung der Aktionen. Amnesty und unsere Arbeit sind gerade derzeit wichtiger denn je!



Dialoger\_innen am Infostand in Karlsruhe (24. März 2021).

# » WAS WAR EUCH ALS NEUER VORSTAND IM JAHR 2021 BESONDERS WICHTIG? «

Auf der virtuellen Jahresversammlung 2021 wurde ein **neuer ehrenamtlicher Vorstand** der deutschen Amnesty-Sektion gewählt. Zum Jahresende stellten wir die Frage, was den einzelnen Vorstandsmitgliedern besonders am Herzen lag.

Fotos: Ralf Reibmann



»In anderen Vereinen wird der Finanzvorstand auch Schatzmeister genannt. Mir war es im vergangenen Jahr ein Anliegen, den Schatz der Menschenrechte im gemeinsamen Wirken mit meinen Vorstandskolleg\_innen zu bewahren, sowie den inneren Zusammenhalt des Vereins, dessen Vielfältigkeit und Individualität auch ein Schatz ist, zu meistern.«

**Andreas Schwantner, Vorstandsmitglied für Finanzen**



»Ein produktives Miteinander in der Gestaltung unserer Arbeit für Menschenrechte und für die Weiterentwicklung unserer Organisation.«

**Wiebke Buth, Vorstandsmitglied für Menschenrechtsbildung und Training**



»Zwischen den vielen geschäftsführenden Tätigkeiten fand ich es toll,

mich in ein inhaltliches Thema zu werfen und hier einen Konsultationsprozess zwischen Hauptamt und Ehrenamt, national und international anzustoßen.«

**Lisa Nöth, Vorstandsmitglied für Länder- und Themenarbeit**



»Ich wertschätze den Mut und die Motivation vieler Engagierter im Verein, die sich dafür einsetzen, dass wir Neues ausprobieren und weiter lernen. Das bringt uns dazu, mehr Menschen zu erreichen und wirkungsvoll die Menschenrechte zu schützen.«

**Lena Wiggers, Vorstandsmitglied für Öffentlichkeitsarbeit**



»Ich freue mich, dass wir uns 2021 gemeinsam als Verein auf den Weg gemacht haben, noch inklusiver, offener und diverser zu werden – denn nur so können wir uns gemeinsam weiterhin gegen schwerwiegende Menschenrechtsverletzungen weltweit schlagkräftig einsetzen.«

**Wassily Nemitz, Vorstandssprecher**



»Mir war wichtig, dass sich Amnesty trotz vieler Angriffe auf die Menschenrechte weltweit weiterhin erfolgreich für von Menschenrechtsverletzungen bedrohte Menschen einsetzen konnte.«

**Wolfgang Grenz, Vorstandsmitglied für Flüchtlingsschutz**



»Auf dem Weg in unsere gemeinsame Zusammenarbeit sind Transparenz, das Miteinander und die Ausrichtung auf klare Ziele ein wichtiger Leitfaden für die gelungene Arbeit im neuen Vorstand.«

**Stephan Heffner, stellvertretender Vorstandssprecher**



**Es fehlt Maureen Macoun, Vorstandsmitglied für ehrenamtliches Engagement, die in Elternzeit ist.**



# »ES IST BESSER, EIN LICHT ANZUZÜNDEN, ALS DIE DUNKELHEIT ZU VERFLUCHEN«

Gewöhnliche Menschen können Außergewöhnliches bewirken. Davon ist der britische Rechtsanwalt Peter Benenson überzeugt, als er sich am 28. Mai 1961 über die Festnahme von zwei Studenten in Portugal empört. Sie hatten in einem Café auf die Freiheit angestoßen. Benenson veröffentlicht einen Artikel in der Wochenzeitung »Observer« und ruft dazu auf, mit Appellschreiben öffentlich Druck auf Regierungen auszuüben und die Freilassung politischer Gefangener zu fordern. Dieser »Appeal for Amnesty« ist der Beginn von Amnesty International.



Peter Benenson am 20. Geburtstag von Amnesty International, London 1981.



Der Beginn von Amnesty International.

## EIN LEUCHTFEUER GEHT UM DIE WELT

Die Resonanz auf Benensons Appell ist überwältigend: Allein in den ersten Wochen melden sich mehr als tausend Interessierte. Im Juli 1961 wird beschlossen, die ursprünglich auf ein Jahr angelegte internationale Kampagne in eine Organisation umzuwandeln. Am Ende des Jahres gibt es Sektionen in Australien, den USA und mehreren europäischen Staaten, darunter auch West-Deutschland. Im September 1962 wird auf dem internationalen Treffen in Brügge endgültig der Name »Amnesty International« festgelegt.

Heute, mehr als 60 Jahre nach Benensons Appell, setzt sich Amnesty nach wie vor für eine Welt ein, in der die Rechte aller Menschen geachtet werden. Die Stärke der Organisation liegt im Engagement von weltweit mehr als zehn Millionen Menschen. Gemeinsam engagieren sie sich mit Mut, Kraft und Fantasie für eine Welt ohne Menschenrechtsverletzungen. 1977 erhielt Amnesty den Friedensnobelpreis.

## MENSCHENRECHTE: GRUNDLEGENDE – UNTEILBAR

Grundlage der Arbeit von Amnesty ist die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte, die 1948 von den Vereinten Nationen verabschiedet wurde. Die 30 Artikel der Erklärung sichern jedem Menschen, unabhängig von Hautfarbe, Geschlecht, Sprache, Religion, politischer Anschauung, ethnischer oder sozialer Herkunft, die gleichen Rechte und Freiheiten zu. Diese reichen vom Recht auf Leben über Meinungs- und Religionsfreiheit bis hin zum Recht auf Bildung. Die Menschenrechte sind angeboren, unveräußerlich, universell und unteilbar.

## AMNESTY IST INSBESONDERE AKTIV:

- für die Freilassung von Menschen, die allein deshalb inhaftiert sind, weil sie friedlich ihre Überzeugung vertreten oder die wegen ihrer sexuellen Orientierung, ihrer Religion oder wegen rassistischer Zuschreibungen verfolgt werden
- für die Rechte von Flüchtlingen
- für die Rechte von Frauen und Mädchen
- für die Verhinderung von Folter, Todesstrafe und politischem Mord
- für den Schutz derjenigen, die Menschenrechte verteidigen
- für wirksame Kontrollen des Waffenhandels
- für die Förderung der wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechte
- für das Recht auf Privatsphäre
- für die Aufklärung von Menschenrechtsverletzungen und die Bestrafung der Verantwortlichen
- gegen Rassismus und Diskriminierung

# SO EINFACH KÖNNEN SIE SICH ENGAGIEREN!

Es gibt viele Möglichkeiten, die Menschenrechtsarbeit von Amnesty International zu unterstützen. Sie entscheiden, wann, wie oft und zu welchem Thema Sie sich engagieren möchten. Sie können Petitionen an Regierungen unterzeichnen oder bei »Urgent Actions« für Menschen in Gefahr mitmachen. Sie können unsere Arbeit mit einer Spende, einer Förderschaft oder mit einer Erbschaft unterstützen oder sich mit Ihrer Tatkraft und Ihren guten Ideen an Aktionen von Amnesty auf der Straße beteiligen. Ihr Beitrag ermöglicht unsere Unabhängigkeit und unsere Glaubwürdigkeit. Nur so können wir ohne Rücksicht auf Regierungen und andere einflussreiche Institutionen und Gruppen weltweit Menschenrechtsarbeit leisten und Leben retten. **Amnesty braucht Ihre Unterstützung!**

## MITGLIED

Als Mitglied stärken Sie die weltweit größte Menschenrechtsbewegung und senden ein Signal. Sie haben Stimmrecht auf der jährlich stattfindenden Mitgliederversammlung und erkennen die Satzung an. Sie erhalten alle zwei Monate die Digitalausgabe unseres Amnesty Journal, das Magazin für die Menschenrechte, sowie monatlich die Mitgliederzeitung Amnesty Intern. Der jährliche Mitgliedsbeitrag beträgt 84 Euro (ermäßigt 42 Euro). Weitere Informationen auf:

[www.amnesty.de/mitglied-werden](http://www.amnesty.de/mitglied-werden)

## SPENDEN

Mit einer Spende unterstützen Sie unsere Menschenrechtsarbeit und helfen uns, finanziell unabhängig zu bleiben. Bei Spenden bis zu 300 Euro gilt der Zahlungsbeleg zusammen mit dem Kontoauszug als Zuwendungsbestätigung. Bei einer höheren Spende erhalten Sie diese von uns automatisch am Jahresanfang als gesonderten Beleg.

Spenden Sie auf das Amnesty-Spendenkonto: Bank für Sozialwirtschaft, IBAN: DE23 3702 0500 0008 0901 00, BIC: BFS WDE 33XXX.

Weitere Informationen auf: [www.amnesty.de/spenden](http://www.amnesty.de/spenden)

## FÖRDERN

Mit einer Förderschaft sichern Sie mit einem regelmäßigen jährlichen Betrag langfristig die finanzielle Unabhängigkeit von Amnesty. Ab einer Fördersumme von 84 Euro im Jahr erhalten Sie alle zwei Monate die Digitalausgabe unseres Amnesty Journal, das Magazin für die Menschenrechte. Auf Wunsch senden wir Ihnen das Amnesty Journal gerne auch als gedrucktes Magazin per Post zu. Zu Beginn jedes neuen Jahres senden wir Ihnen automatisch eine Zuwendungsbestätigung über die gesamte Fördersumme zu. Weitere Informationen auf:

[www.amnesty.de/spenden](http://www.amnesty.de/spenden)

## MENSCHENRECHTE AUCH IN ZUKUNFT

Haben Sie den Wunsch, über Ihr eigenes Leben hinaus einen Beitrag zur Wahrung der Menschenrechte zu leisten? Wir beraten Sie gerne in allen Fragen der Nachlassplanung. Amnesty ist vom Finanzamt als gemeinnützig und besonders förderungswürdig anerkannt und hat keine Erbschaftssteuer zu zahlen. Erbschaften, Vermächnisse oder Schenkungen kommen ohne Abzüge dem Einsatz für die Menschenrechte zugute. Fordern Sie die Amnesty-Erbschaftsbroschüre unter [testament@amnesty.de](mailto:testament@amnesty.de) kostenlos an. Weitere Informationen auf:

[www.amnesty.de/testament](http://www.amnesty.de/testament)

## ONLINE AKTIV WERDEN

Sie haben es eilig? Sie wollen trotzdem etwas für die Menschenrechte tun? Dann bestellen Sie unseren Newsletter und beteiligen Sie sich an unseren Online-Petitionen. So erhalten Sie regelmäßig Informationen zu aktuellen Themen und die Möglichkeit, sich für die Menschenrechte einzusetzen. Weitere Informationen auf:

[www.amnesty.de/newsletter](http://www.amnesty.de/newsletter)

## URGENT ACTIONS

»Urgent Actions« (Eilaktionen) sind die schnellste und effektivste Form der Intervention, um Menschen in akuter Gefahr zu retten. Abonnieren Sie unsere Eilaktionen oder melden Sie sich bei unseren Push-Nachrichten an, um noch schneller aktiv zu werden. Verschicken Sie mit wenigen Klicks per E-Mail Appelle für Menschen in Not und Gefahr.

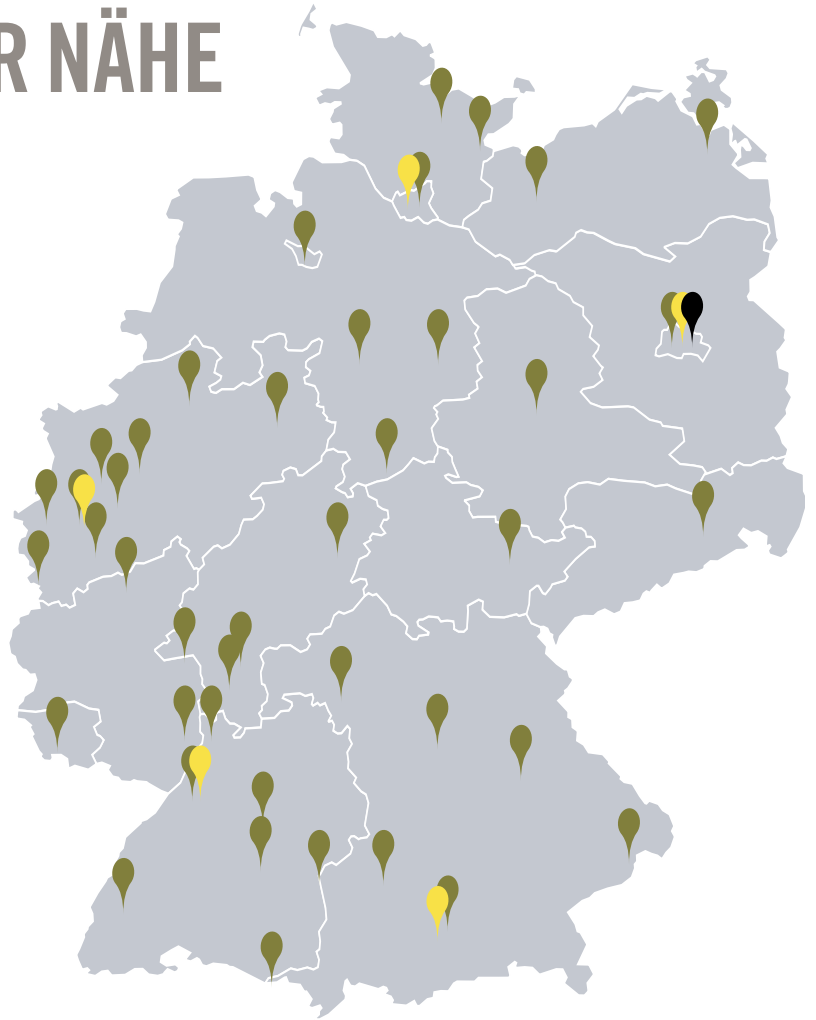
[www.amnesty.de/urgent-actions](http://www.amnesty.de/urgent-actions)



# AMNESTY IN IHRER NÄHE

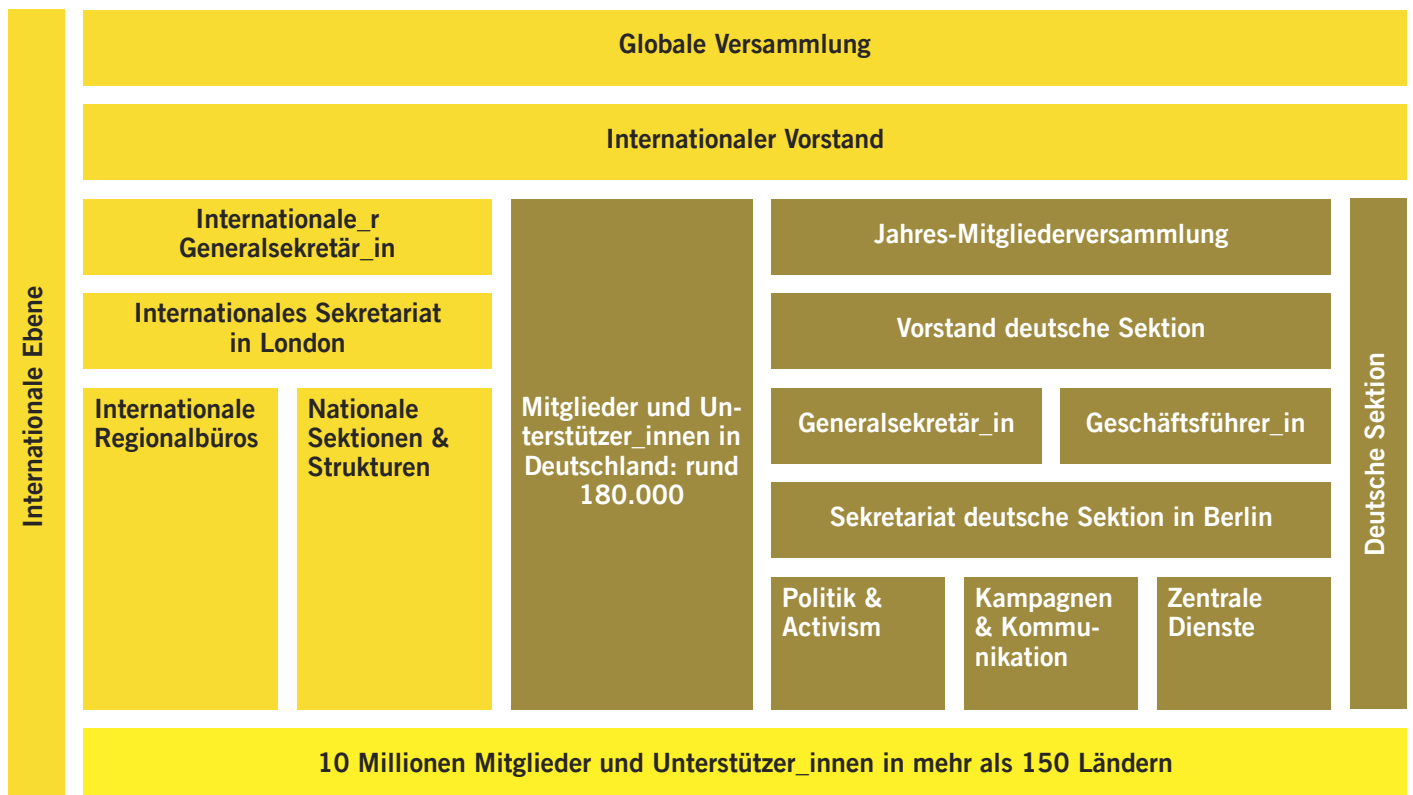
Amnesty in Deutschland – das sind mehr als 180.000 Menschen, die sich für den Schutz der Menschenrechte einsetzen. Koordiniert wird ihr Engagement in den ehrenamtlich geführten 42 **BEZIRKEN** und fast 600 Gruppen und auf hauptamtlicher Ebene im **AMNESTY-SEKRETARIAT** in Berlin und in den fünf **REGIONALBÜROS**.

Hier finden Sie Informationen und Kontaktmöglichkeiten zu Gruppen und Bezirken in Ihrer Nähe:  
[www.amnesty.de/gruppen](http://www.amnesty.de/gruppen)



## ORGANIGRAMM

Amnesty International



# MENSCHENRECHTE AUCH IN ZUKUNFT

Seit 1961 setzt sich Amnesty International weltweit für Opfer von Menschenrechtsverletzungen ein. Und da Amnesty aus Gründen der Unabhängigkeit jegliche staatlichen Mittel ablehnt, können besonders Erbschaften helfen, diese Arbeit auch in Zukunft sicher und langfristig planbar zu machen.

**Gestalten Sie eine Zukunft, in der jeder Mensch in Würde, Recht und Freiheit leben kann und bedenken Sie Amnesty International in Ihrem Testament. Danke!**

Gerne senden wir Ihnen unseren Ratgeber zur Nachlassplanung »Freiheit ist ein Wert, der bleibt« kostenfrei zu – Sie können ihn unter [www.amnesty.de/inzukunft](http://www.amnesty.de/inzukunft) oder per Anruf unter 030 / 42 02 48 - 354 bestellen.







# LAUT FÜR DIE MENSCHENRECHTE. STEHT DIR GUT.



Von S bis XL – dieses schöne T-Shirt zeigt, dass du dich auch für andere stark machst. Mit jedem Einkauf im Amnesty Shop setzt du nicht nur ein Statement für die Menschenrechte, sondern unterstützt uns auch bei der Sicherung unserer Unabhängigkeit im Kampf gegen Menschenrechtsverletzungen weltweit.

[SHOP.AMNESTY.DE](https://shop.amnesty.de)

